

Die „Vollmacht“
erschließt Maßnahme unter
Gewalt und ist durch die
Ergebnisse, wenn Gewaltsamkeit
durch die Vollmacht
nach Substantivum zu bezeichnen.
Preis 12 Pfennige
pro Bogen 20 Pf.
Verlagsgesellschaft Nr. 272.

Volkswacht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Verlagsgesellschaft
erschließt Maßnahme unter
Gewalt und ist durch die
Ergebnisse, wenn Gewaltsamkeit
durch die Vollmacht
nach Substantivum zu bezeichnen.
Preis 12 Pfennige
pro Bogen 20 Pf.
Verlagsgesellschaft Nr. 272.

Telephon
Nr. 1206.

Organ für die werktätige Bevölkerung.

Telephon
Nr. 1206.

Mit der illustrierten Beilage „Die neue Welt“.

Nr. 260.

Freitag, den 4. November 1904.

15. Jahrgang.

Saarabien vor dem Parlament.

Aus der Verhandlung des Abgeordnetenhauses, die sich mit den Wahlbeeinflussungen im Saar-Revier beschäftigten, geben wir nachstehend noch einen Auszug wieder.

Abg. Dr. Wiemer (Freis. Volksp.):

Ich halte es für notwendig, auch den Standpunkt meiner Partei zu diesen Fragen klarzulegen. Ich will dabei auf die sozialen Verhältnisse im Saar-Revier nicht eingehen, ich kann anerkennen, daß in dieser Beziehung die Verwaltung manches Gute im Saarrevier geleistet hat. Aber bei dieser Interpellation handelt es sich um die Frage des Wahlrechts. Die einzelnen bei den letzten Wahlen vorgelommenen Unregelmäßigkeiten können die Wahlprüfungs-Kommissionen erörtern, wie haben uns hier nur zu fragen: Haben die Beamten der Verwaltung sich unzulässige Eingriffe in die Rechtssphäre der Arbeiter gestattet? Ich frage nicht auf die Frage einzu-gehen, ob auch von Seiten des Zentrums gefordert worden ist, daß das als selbstverständlich voraus. Aber die Sympathie für die eine oder andere Partei muß hier dahinter zurücktreten, daß Recht und Gesetz gewahrt wird. Der Minister sagte, für unter-geordnete Fälle das Gerichtsurteil maßgebend sein. Aber einmal ist das Erkenntnis im Krämerprozeß noch nicht rechtskräftig — das Beweissthema des Prozesses war nach Zeit und Gegenstand beschränkt, andererseits liegen doch schon frühere Erkenntnisse vor. Zu einem dieser früheren Gerichtsurteile gegen den Redakteur Lehmann vom 31. Oktober 1902 wird ausdrücklich anerkannt, daß einzelne Beamten ihren Arbeiter ungebührliche Vorhaltungen gemacht, unter mißbräuchlicher Benutzung ihrer Befugnisse diese an Lohn und Gehalt geschädigt haben. Das letzte Urteil hat eine mildere Auffassung, aber ob diese berechtigt ist, ist doch eine andere Sache. Es stützt sich darauf, daß der Nachweis eines „Systems“ nicht erbracht ist, sagt aber nicht, wieviel Fälle an einem System erforderlich sind. Schließlich erhalten in einem Wahlkreis, wenn einzelne Fälle dieser Art bekannt werden, leicht alle Arbeiter den Eindruck, daß sie nicht frei wählen dürften! Schon darum sollte man auch gegen einzelne Fälle einschreiten. Ebenso steht es mit dem Koalitionsrecht der in Staatsbetrieben beschäftigten Arbeiter. Die Verwaltung bestreitet nicht, den Besuch bestimmter Versammlungen von Arbeitern und Beamten, die sie trotzdem besuchten, gemäßigt zu haben. Sie bestreitet nicht, daß die Staatsarbeiter das Koalitionsrecht haben, aber der Herrat meint, es müsse sich ja nicht immer gegen die Arbeitgeber richten, er handle nur in gerechter Abwehr gegen die Sozialdemokratie. Das ist Auffassungssache und entschuldigt Eingriffe in das Koalitionsrecht nicht. Wir sind prinzipielle Freunde der Koalitionsfreiheit und können nicht dazwischen liegen, daß sie mit oder ohne Vorwand beschränkt wird. (Sehr richtig! links.) Daß der Minister von tabulierten Verfügungen sprach, die er erlassen hätte, ist ja schon der Beweis dafür, daß tabuliertes Vorgehen vorgekommen ist. Auch im Krämer-Prozeß ist, was mir genügend erscheint, zugegeben worden, daß Steiger die Abstimmung der Vergleiche überwacht haben, daß Arbeiter wegen ihrer unzulässigen Abstimmung in die Rolle verlegt worden sind und so weiter. Wiederholt ist auf den Spruch verwiesen worden: Was Brauch esse, das Lieh ich singe. Man scheint sich dort garnicht mehr bemühen zu sein, welches Unrecht man mit der Anwendung dieses Wortes auf die politischen Wahlen begeht. (Sehr wahr! links.) Nun gehen wir bei der Beurteilung allerdings in Betracht, daß heralteschen nicht nur im Saarrevier vorkommt. Wir haben manches Mal Beschwerde darüber zu führen, daß die Wahl-freiheit von Beamten gegenüber ihren Untergebenen nicht gewahrt wird. Auch in meinem Wahlkreis zum Beispiel ist bei der letzten Wahl die Neigung hervorgetreten, die Beamten zur Unterstützung der rechtsstehenden Parteien zu beeinflussen. Darum habe ich mich besonders darüber geäußert, daß auch der Abgeordnete Ködlich für die nationalliberale Partei energisch dagegen Einspruch erhoben hat, daß Beamte ihre Amtsgewalt zu Wahlbeeinflussungen mißbrauchen. Nun meinte der Staatsanwalt im Krämer-Prozeß, eine Verobachtung

bei der Wahl durch die vorgelegten Beamten könne nicht als direkt unzulässige Handlung bezeichnet werden. (Hört, hört! links.) Die Bergwerksverwaltung müßte wie jeder Industrielle das Recht haben, sich über die politische Stimmung ihrer Präfekten zu informieren. Graf Bälow hat neulich erklärt, in keinem Falle werde der Rechtsboden verlassen werden. Offenlich wird er auch hier dafür sorgen, daß das Wahlrecht und die Wahlfreiheit, wie sie verfassungsmäßig gewährleistet sind, nicht verkümmert werden. (Sehr gut! links.) Den besten Boden für die Sozialdemokratie bieten bestehende Ungerechtigkeiten. Nun meinte, ungefähr wie einige Redner bei unserer jüngsten Debatte über diesen Gegenstand, ein sozialdemokratisches Blatt, dieser Prozeß Krämer müßte hier gelblich erörtert werden, um zu zeigen, wie die politischen Freiheiten im Gegenwartsstaat beschaffen seien. Nun glaube ich ja, daß die Sozialdemokratie auch in ihren eigenen Kreisen Beispiele für Mangel an Wahlfreiheit hat. Aber ich bin auch überzeugt, daß ihrer Exaltation mit diesen Zuständen nur dann entgegen-gewirkt werden kann, wenn sie rühmlich besprochen und wirklich gebessert werden. Ich schließe mit der Hoffnung, daß die Regierung auch aus Anlaß dieser Erörterungen Sorge dafür tragen wird, daß die gesetzlichen Bestimmungen auch im Saarrevier genau beachtet werden; ich hoffe, daß sie den ihr unterstellten Beamten überall klar machen wird, daß sie Respekt haben müssen vor den staatsbürgerlichen Rechten, den Ueberzeugungen anderer und daß der Grundsat der Verfassung: Gleiches Recht für alle, auch für das Verhältnis von Arbeitern und Beamten gilt. (Lebhafter Beifall links.)

Handelsminister Möller:

Ich habe in meinen mündlichen Ausführungen davor gewarnt, sich ein Urteil über die ganzen Vorgänge durch Zeitungsartikel oder auf Grund der Stenogramme zu bilden. Ich habe darauf hingewiesen, daß die Richter in den mündlichen Verhandlungen einen anderen Maßstab für die Beurteilung der Vorgänge gewinnen. Ich habe mich ausdrücklich bereit erklärt, gegen die Uebergriffe von Beamten jederzeit einzuschreiten. Ich habe die Bergwerks-Direktion beauftragt, das Verhalten solcher Beamten auf das ernstlichste zu mißbilligen und im Wiederholungsfall weitere Schritte zu ergreifen. Der Abg. Marx hat neulich gemeint, ein Steiger, welcher sich Wahlbeeinflussungen habe zu Schulden kommen lassen, sei bestrafen worden. Das ist nicht der Fall. Der Wertende ist von Saarbrücken fortgebracht worden und zwar aus Rücksicht auf Dortmund. Die Schlussfolgerungen des Abg. Marx waren also falsch.

Abg. Fuchs (Zentrum):

Ich möchte vom Minister Auskunft haben, ob er gegen die nationalliberale Wahlagitation der Beamten im Saarrevier Protest eingeleitet hat. Hat er das nicht getan, so stellt sich die Staatsregierung ohne Protest in den Dienst einer Partei. Das muß vor dem ganzen Lande festgenagelt werden. Es war die Aufgabe des Handelsministers, dafür zu sorgen, daß derjenige, der gegen die Nationalliberalen stimmte, nicht Gefahr laufe, sein Brot zu verlieren. Ich habe nicht gehört, daß der Minister dem Bergwerks-Direktor auch nur einen Vorweis gegeben hat. Die Auffassung war: bei den Bergarbeitern vorzugehen, das beruht auf, welcher nicht nationalliberal wählt, geschädigt werde. Das geht aus der Äußerung hervor: Wer nicht mit uns, der fliegt! In diesem Auspruch eines Beamten liegt mindestens eine Förderung der Wahl. Es ist konstatiert, daß sich in Preußen ein Gericht gefunden hat, welches offen die Wahlbeeinflussung seitens der vorgelegten Behörden als zulässig erklärt hat; daß sich ein Staatsanwalt gefunden hat, der sich zu Anwalt einer Partei erniedrigt hat. (Große Lärme bei den Nationalliberalen. Rufe: Wo steht das? Das ist unerträglich!) Die Kontrolle bei den Wahlen wurde ganz schamlos ausgeübt. Nach der eblischen Erklärung eines Bürgermeisters ist entsprechende Mitteilung darüber bei den Behörden gemacht worden.

Ich glaube, diese Feststellungen genügen. Es war bei den Wahlen für die Beamten und Bergarbeiter mündlich, frei nach ihrer Ueberzeugung zu stimmen. Nichts muß aber mehr erbittern, als das Gefühl der Unfreiheit, als das Gefühl, daß einem Unrecht geschieht. Und nichts wird dagegen unternommen. Der Hauptschuldige Hilger ist noch immer im Amt. Ich habe nicht gehört, daß ihm der Minister auch nur einen leisen Tadel erteilt hätte. Er scheint ihm nach wie vor sein Vertrauen zu schenken. Und doch sollte hier im eigenen Interesse des Staates mit eiserner Hand eingegriffen und Ordnung und Recht geschaffen werden. (Bravo! im Zentrum.)

Abg. Dasbach (Zentrum):

In vielen Fällen sind in der Gerichtsverhandlung Beeinflussungen als amtliche Handlungen angelehnt worden, und Zeugenaussagen sind unterblieben, weil die Erlaubnis zur Auslage von der vorgelegten Behörde nicht vorlag. So ist in dem Prozeß bei weitem nicht das gesamte Material über die Wahlbeeinflussungen beigebracht worden. Wirkliche Klarheit könnte nur eine parlamentarische Untersuchungs-Kommission bringen, die sämtliche Zeugen vernehmen könnte. Ich beandige mich mit dieser Anregung. — Redner sucht im weiteren nachzuweisen, daß nicht Parteiverbeugung, wie der Minister behauptet, sondern die tatsächlichen Verhältnisse die Unzufriedenheit im Saarrevier verurteilen, und daß im besonderen die sog. Dasbachpresse, so lange es nur ging, zum Frieden gemahnt habe. Redner hat durch drei Reden seiner Zeit einen Streik im Saarrevier verurteilt. Aber gegen die scham-losen Wahlbeeinflussungen mußte Front gemacht werden. So ist es vorgekommen, daß an einem Wahltage die Wahllisten 8, 4, 5 mal anders gefaltet wurden und daß dem Wahlvorsteher regelmäßig ein Koffer der neuen Faltung vorgelegt wurde. (Hört, hört!) Die Wahllisten waren 1903 von Sägen und Oberleitern gefüllt, die die Wähler bei der Stimmabgabe beobachteten. Wie kommt es, daß die Steiger und Obersteiger ihre Arbeit so im Stich lassen durften? Die Wähler hatten den Eindruck, daß sie ganz im Damm ihrer Vorgesetzten ständen. Redner verliest darüber mehrere Zeugenaussagen. Unter den Vergleichen, die der Zentrumspartei angelehnt, hat eine gewisse Erbitterung Platz gegriffen, die durchaus nicht künstlich gemacht ist. Aber den 30.000 Anhängern der Zentrumspartei im Saarrevier hat Geheimrat Hilger „Mangel an nationalem Gefühl“ vorgeworfen. Das mußte erbittern.

Die Wahl des Abg. Fuchs ist kassiert worden aus dem Grunde, weil im „Bergmanns-Freund“, dem amtlichen Blatt der Bergwerks-Verwaltung, eine Empfehlung des Herrn Fuchs veröffentlicht worden war. Der Abg. Dr. Ködlich meinte neulich, wir sollten den Streik unterstützen und lieber gemeinsam wirtschaftliche Arbeiten erledigen. Damit sind meine politischen Freunde einverstanden. Es wäre aber vor allem notwendig, eine Reform des Wahlverfahrens vorzunehmen. Im Wahllokal und vor demselben sollten überhaupt keine Wahllisten verteilt werden. Ferner müßte der Wähler im Wahllokal seine Stimme vollständig verdeckt von einer Gardine, abgeben. Dann sind solche Beeinflussungen, wie sie vorgekommen sind, unmöglich.

Oberberghauptmann von Belsen:

bestreitet, daß sich die Bergwerksdirektion Wahlbeeinflussungen habe zu Schulden kommen lassen. Die Beamten seien ebenso Wähler, wie die Arbeiter, und man könne es den Beamten nicht verwehren, wenn sie in ihren dienstfreien Stunden im Wahllokal sind. Gegen die Vorwürfe, welche gegen die Beamten der Bergwerksdirektion erhoben seien, lege er entsetzten Protest ein.

Abg. Dr. Friesberg (natl.):

Der Abg. Marx hatte ausdrücklich anerkannt, daß allen Beamten gestattet war, vor Gericht auszusagen, und die Abg. Marx und Bachem sind doch wohl kompetentere Beurteiler der Objektivität des Gerichtsverfahrens, als der Abg. Dasbach. Wollen Sie, Herr Dasbach, daß sich nur katholische Geistliche im Wahllokal aufhalten und diejenigen, als deren Chef Sie proklamiert sind? (Heiterkeit.) Der Wahrheitsbeweis des Abg. Dasbach ist mißglückt!

Im Hinterhause.

Sozialer Roman von Minna Kentzky.
(Nachdruck verboten.)

20] Aber wie kann ich denn mit den engen Armen —!
Wie ein Bergweinstockschrei rang es sich aus dem Busen der Frau Schönbrunner empor.
Der Mann fraue sich hinter den Ohren.
Neben einem Weinan schienen ihm die engen Arme selbst an-fällig zu sein. Er warf einen forschenden Blick nach seiner Tochter — kam sie noch immer nicht bittend? ... Aber sie stand abgewendet und kratzte in ihrem Näherb herum.
„Ach out,“ dachte er, „die Gans glaubt doch nicht, daß ich sie bitten werde.“
Er war aufgestanden und nachdem er eine Weile mit drohen-den Schritten auf und nieder gegangen, blieb er vor seiner Frau stehen und warf einen Fünfer vor sie auf den Tisch.
„Da hast, damit kannst Du Dich auskoffieren, aber bitte, kein weiteres Lamento.“
Sie ährte sich hastig auf das Geld, als fürchtete sie, seine Großmüt könnte ihn im nächsten Augenblick wieder reuen, und steckte es ein.
„Danke, danke diesmal,“ rief sie, trat an ihn heran und spigte den Mund, als wolle sie ihm einen Kuß geben.
„Schon gut,“ sagte er phlegmatisch und wendete ihr den Rücken.
Als ihr Mann sich entfernt hatte, setzte sich Frau Schönbrunner zu ihrer Tochter, die ein neues Taillenband zurechtlegte, um mit ihr zu beraten.
„Wenn es neue Ballonärmel kriegt, wird mein schwarzes Atlas-Kleid wieder wunderbar aussehnen, meinst Du nicht auch?“
Tini zuckte die Achseln: „Neue Ärmel in einem alten Kleid —“
„Was, altes Kleid, einen solchen Atlas findest Du heute nicht mehr — er ist immer noch schön — der hat sich ausgegabt, wenn ich den!“ — Ich bin nur froh, daß ich mir damals den Rock nicht hab' in Zwickl schneiden lassen, — jetzt wär er verpudelt — aber wie man jetzt die neuen Glaceuräd trägt! — Was glaubst Du, wie viel ich für Ballonärmel brauchen werde? Bei Finckes hab' ich einen sehr schönen Atlas zu neunzig Kreuzer im Fenster gesehen.“
So schwätzte sie fort, ohne daß Tini von ihrer Arbeit aufschah.
„Mir scheint, Tini, Du ärgerst Dich, weil er mich mitnimmt und nicht Dich,“ sagte die Mutter, und konnte ein triumphierendes Lächeln nicht ganz verbergen. „Aber warum hast Du ihn nicht ge-bieten, ich hab's ihm angeschlossen, er hat mir drauf gewart, und ich weiß, wann's er ihn a bißel schön tußt, so —“

Tini hatte ein kurzes Anfluchen.
„Glaubst, mir liegt so viel daran, mit Euch zu gehen?“
„Ich glaub' schon, aber Du brauchst Dich wean der feinen Gesellschaft nicht zu genieren, Du hast ein schönes Benehmen, der Vater hat Dir was lernen lassen.“
„Ja, der hat mir was lernen lassen, nicht zehn Kreuzer im Tag könnt' ich mir damit verdienen,“ rief aufstrebend das junge Mädchen.
„Davon ist doch mit die Red', Du hast's auch mit nötig, Gott sei Dank.“
„Nicht nötig, so? Wenn ich mich will von ihm hunzen lassen und in Parkalleiden rumlaufen, dann hab' ich's nicht nötig, aber da dank' ich dafür.“
„Na, na, Du wirst nicht immer zu Haus bleiben, Du wirst Dich verheiraten und dann Deine eigene Frau sein.“
Tini sah die Mutter mit einem übermütigen und dabei doch mitleidigen Blick an.
„So wie Du Deine eigene Frau bist, geht? Nein, ich bin nicht so wie Du, ich will nicht wie eine Magd im Hause gehalten sein, und schlimmer als eine solche. Ich will auch nicht den Mann nehmen, den er mir ausführt, und ich glaube, er hat schon einen für mich. Nein, nein, mir da, ich will lieber dran gehen, für meine Bedürfnisse selbst zu sorgen, ich will — aber wozu red' ich da rum.“
Sie begann ihre Sachen zusammenzuraffen und trillert dabei den Legermäsch.
Dann fragte sie kurz angebunden zu ihrer Mutter: „Ich geh' heut fort, aber sag' nichts dem Vater — ich will — ich muß mich — wegen was erkundigen.“
Probeweise schlang sie den Gürtel um ihre Taille und lief in die gute Stube, um sich vor dem Spiegel zu betrachten.
Das Mädel ist oft wie ein Narr,“ brummte die Mutter, „man kann sich gar nicht mehr auf sie verlassen.“
Der Vorzug, den ihr der Gatte vor der Tochter eingeräumt, hatte indes ihr Selbstgefühl in so wunderbarer Weise gehoben, daß sie sofort daran ging, ihre Toilette zusammenzustellen. Sie nahm ihr Atlaskleid aus den weißen Hüllen, breitete es über dem Bett aus und legte einen Fächer darauf; — wenn der Schmutz noch dazu kam — „Wie bei Hof,“ dachte sie.
Aus dem Nebenzimmer ließ sich das Klappern der Nähmaschine vernehmen. Sie horchte und ihre Rüge nahmen einen befriedigten Ausdruck an: einen Augenblick war sie vor Störung sicher.
Sie konnte der Versuchung nicht widerstehen: rasch öffnete sie die Kommode, zog aus der hintersten Ecke eine Seidenschleife hervor, die sie mit einem Schlüssel, den sie besonders verwahrt, aufsperrte, und entnahm ihr, nachdem sie vorher noch einmal hineingehört, ein Etni.
Im nächsten Augenblick legten sich ihre Augen an dem Arm-

band aus rotem Golde mit einer Rosette von Türkisen und Perlen, das da auf weißem Atlas gebettet lag.
Mit den braunen, abgearbeiteten Händen hielt sie das Armband empor und ließ es im Lichte funkeln.
Prachtvoll!
In zitternder Eile legte sie's um ihr Handgelenk und drückte das Schloß zusammen; es schnappte.
„A nu strecke sie den Arm weit von sich und drehte ihn hin und her: Wie nobel! Ueber das vulgäre Gesicht huschte ein Strahl ver-schönernden Glanzes.
Mit diesem Schmuck konnte sie auch neben einem Prinzen sich sehen lassen. Zur Siegesfeier wollte sie's anlegen, zum ersten Mal. Wenn nicht bei dieser Gelegenheit, wann brau' sonst? Seit Jahren besaß sie den Schatz und niemand wußte darum.
Nur heimlich durfte sie sich an diesem Besitz erlaben, da sie ihn offen nicht zu zeigen gewagt.
Wie konnte sie auch! — Ihr Mann war so mißtrauisch ... Wird er nicht fragen: Woher? — Wie kommst Du dazu? — Wow! Mordbelaagd, das Du Dir machst, nicht wahr?
Gott war ihr Zeuge, sie hatte sich ebrlich und mühsam zu-sammengespart, durch kleine Schmutzerien und kleintlichen Schacher im Haushalt.
Wie hatte sie ein Trinkgeld gegeben, nie, und sie hatte Dajen-felle, Knochen und Glascherben gesammelt und dem Juden verkauft, daß sie selbst der Jud' nicht nehmen wollte; aber dafür hatte sie ihm die Kundschast der Frau Finckes zugelangt, bei der sie als Schatzmeisterin fungierte; bei der konnte er dann seinen Rebbach machen. Kurz, sie hatte ihres Amtes stets als gute, christliche Haus-frau gewaltet und ihr Mann konnte sich nicht beklagen. Nur in einem Punkte hatte sie ihm gegenüber ein schlechtes Gewissen. Sie hatte dem Juden auch den Krug und den großen Herzmuß der seligen Schwiegermutter verkauft, auf den ihr Mann so stolz war, auf den er bei jeder Gelegenheit hingewiesen, um ihr zu beweisen, wie wohlhabend seine Eltern gewesen, und in was für eine feine Familie sie hineingeheiratet hatte. Das Pelzwerk war ihr daher in der Seele verhaßt und sie hatte es nie getragen. Nach und nach hatte er es vergessen; aber wenn er Verdacht schöpfte — und sie fragte: „Was hast Du mit der Pelzgarnture meiner Mutter gemacht?“
Sie schauderte ... Dann sah sie wieder auf ihr Armband und seine glänzende Pracht.
Tini fuhr sie zusammen.
Tini hatte zu nähern aufgehört, jetzt kam sie gewiß herans, Müdigkeit, sie hörte schon ihre Schritte. Rasch warf sie das Etni in die Schublade und zog den Ärmel über die Hand herab, um ihren Schmuck zu verbergen.
(Fortsetzung folgt.)

und das wird man zugeben: ein unschuldvoller Engel und ein
Lebensgefährlicher Dämon ist Herr Dasbach nicht, das geht aus seinen
Eigenschaften in der Presse hervor, in der er häßlich gegen die
Verwaltungsbehörden im Saarrevier polemisiert hat, er hat dadurch zu
seiner Partei konfessionellen Verhöhnung beigetragen.
Redner verliest mehrere Auschnitte aus der Dasbachpresse, worin
er a. gefagt wird, die Dasbachpresse sei im Saarrevier die einzige,
welche für Recht und Gerechtigkeit eintrete und sich der gefährlichsten
Arbeiter annehme. Ich überlasse es Ihrer Beurteilung, m. H., ob
der Abgeordnete Dasbach moralisch das Recht hat, sich als ein
Kämpfer des Friedens hinzustellen, während er die schwerste Schuld
daran trägt, daß die Verhältnisse im Saarrevier sich so ungelöst
haben. (Sehr richtig! bei den Nationalliberalen.) Der Abgeordnete
Dasbach hat, wie der Abgeordnete Marx, ganz einseitig sich auf
die Fingern der einen Partei gestützt. Das Gericht kann nur aus
der mündlichen Verhandlung den Eindruck gewinnen, ob jemand
glaubwürdig ist oder nicht. Mit wem aber soll die Regierung im
Saarrevier gehen? Mit der Sozialdemokratie? Das
wird das Zentrum nicht wünschen. Oder mit der Zentrumspartei,
welche der Regierung so angenehme Leute, wie die Herren Dasbach
und Juchacz, auf dem Präsidentenstuhl darbietet? Nein, von bürger-
lichen Parteien bleibt der Regierung dort nur die national-
liberale, mit der sie gehen kann. (Widerspruch im Zentrum.)
Ich frage die Zentrumspartei, ob sie eine solche Beleidigung,
wie sie dem Sinne nach der Abgeordnete Juchacz gegen ein preussisches
Gericht ausgebrochen hat, zulassen will? (Zustimmung
bei den Nationalliberalen, Unruhe im Zentrum.) Herr Juchacz ist ein
braver, patriotischer Mann, der für seine Arbeiter sorgt, und einen
solchen Mann auf Wunsch des Herrn Juchacz abzuhängen, so
weit sind wir noch nicht. (Beifall bei den Nationalliberalen.) Die
politische Bedrückung ist zu verurteilen, aber noch
schlimmer ist die geistige Bedrückung, denn da handelt es sich um
das Gerichten. Was in Oberschlesien von katholischen
Geistlichen in dieser Beziehung geschehen ist, übersteigt alle
Grenzen. Der Geistliche Dr. Stephan spricht sich in seinem Vortrage:
Der Deutscher Prozeß im Saale der Wahrheit mit förmlicher
Majorität dahin aus, daß es erlaubt sei, vor der Kanzel herab zu
erklären, es sei Sünde, wenn jemand einen konservativen
Abgeordneten wählt, denn das geschehe auch in anderen
Ländern, als in den ober-schlesischen, das hätten die Bischöfe zum
Teil vorausgeschrieben und die Moralphilosophie für durchaus
erlaubt bezeichnet. Man geht dort so weit, daß man einen Katholiken
vom Sakrament ausschließen will, weil er im Hause eines
radikalen Volkes wohnt. Nehmen Sie zum Zentrum erst vor
Ihrer eigenen Tür, werden Sie erst in Bezug auf die Wahl-
beeinflussungen stillschweigen, und dann erheben Sie Vorwürfe
gegen uns. (Beifall bei den Nationalliberalen.)

Abg. Marx (Str.):

Schon jetzt bietet sich uns wieder dasselbe Bild, wie im Februar.
Sprechen wir von den Mitgliedern an der Saar, so antwortet uns
Herr Dr. Friedberg - Ober-schlesien: Behaupten wir, daß Staats-
beamte über die Grenzen ihrer Befugnisse hinausgegangen sind, so
erwidert er, indem er von den Verfassungen einzelner Priester und
den Forderungen der Dasbach-Presse spricht. Aber wir haben es hier im
preussischen Parlament nicht mit einem Urteil über den Kollegen
Dasbach und die ober-schlesischen Priester zu tun, sondern mit der
Aufsicht über die preussischen Beamten. - Jedemfalls
hat die Debatte manches Gute gebracht. Vor allem, daß alle
Parteien jede Wahl-Kontrolle und jede Wahl-Berufung aus-
schießen verdammen. Ich hoffe nur, daß sie diese Grundzüge ebenso
frisch und kräftig in ihrem Wahlkreise bei der nächsten Wahl vertreten
werden. Ich spreche weiter meine Freude darüber aus, daß der
Minister gegen dieses Ueberwachungs-System die schärf-
sten Verfügungen erlassen hat. Ich komme damit
auf meine Ausführungen und die dagegen erhobenen Ein-
wände zurück. Wir wollen hier nicht weiter über den Inhalt
der räumlichen Flugblätter sprechen, nicht bestimmen, ob ein
Recht vorlag, diesen Mann zu verurteilen; ich mag die
Flugblätter hier gar nicht verteidigen, ich halte ihren Inhalt für
durchaus unrichtig und verfehlt. Wir fügen uns nur auf die Zensur-
ausgaben, die im hier durchaus objektiv wiedergegeben habe. Man
hat hier einzelne Fälle vorgeführt, in denen sich die erhobenen Vor-
würfe nicht als richtig erweisen haben. Aber von all diesen Fällen
habe ich keinen einzigen hier vorgebracht. Da Sie es aber wünschen,
so werde ich Ihnen einzelne Fälle vortragen, die nicht widerlegt
werden können. Redner schildert dann eine größere Anzahl von
einzelnen Fällen. Man weiß uns vor, daß wir diese unangenehmen
Erörterungen herbeiführen. Aber wenn geschlossen worden ist, so fühl
hoch nicht der die öffentliche Ordnung, der: haltet den Dief! mit.
(Sehr laut! im Zentrum.)
Ein Schlußantrag v. Jeditz wird gegen die Stimmen des
Zentrums und eines Teiles der Linken angenommen.

Beim Lesen dieser Debatte kann man das Bedauern
darüber nicht unterdrücken, daß kein sozialdemokratisches
in diesem preussischen Karpfenbecken beiden streitenden Parteien
die Wahrheit sprechen kann. Es wäre dann noch etwas
lebendiger hergegangen, unser Redner hätte mit Recht plündern
können: Denn es will mich schier bedanken, daß sie alle
beide...

Japan und Rußland.

Zu der Meandschurei.

Der „Birshewija Wjedomosti“ wird aus Moskau ge-
melde: Auf den auf der ganzen Linie vorgezeichneten russi-
schen Stellungen herrscht vollständige Ruhe. Die
russischen Landgräben sind 800 Schritt von denen des Feindes
entfernt. Die Kälte macht sich lebhaft fühlbar, besonders in
den vorgeschobenen Stellungen.

Die General-Kompanie meldet, überfiele in der Nacht zum
1. November Freiwillige, die an die Schanzen des General-
geschützen waren, die dort arbeitenden Japaner, jagten sie aus-
einander und gerührten die Arbeiter. In der Nacht zum
2. November erkrankten Freiwillige die feindlichen Beschäftigten.
Berichte über Zusammenstöße sind nicht eingegangen. Die Japaner
erhoffen ein unangenehmes, fast unabweisbares Feuer. In der
Nacht zum 3. November sind keine Meldungen über Kämpfe ein-
gegangen. Ein Bericht über japanischer Infanterieabteilungen von
Osten nach Westen wurde bemerkt.

Zur Belagerung von Port Arthur

Im „Berl. Tagbl.“ folgende Mitte Oktober auch der als be-
sonders wichtig im Belagerungsbesonderen gelobte japanische General-
kommandant Oerajima abgerufen worden.
Zwei Divisionen der von Port Arthur lebenden japanischen
Armee sind zur Bekämpfung der Armer Dynamis abgegangen.
Zwei neue Divisionen werden in Richtung eingeschickt um
nach Kanton zu werden. Das Zentrum des Groß-
fürsten Boris Wladimirovitch wird in den nächsten Tagen
hier erwartet.

England und Rußland.

„Morning Post“ schreibt: Es seien Maßnahmen getroffen,
die Baltische Flotte während der Fahrt nach dem japanen
Osten zu überwachen. Dichtes Wächteramt werde nacheinander
durch die Kanalflotte, durch die Mittelmeerflotte und das östliche
Geschwader ausgesetzt werden. Wenn nötig, werde das indische Ge-
schwader zu diesem Zweck Schiffe nach weislich von seinen Stationen
gelegenen Punkten abgehen lassen, damit die Ueberwachungs-
Liniensicherung erhalte. Bei der Entscheidung von Japanern an die
englische Flotte sei angenommen worden, daß die russischen Schiffe
den Kanal durch den Kanalflotte nehmen werden, aber selbst

wenn sie um das Kap fahren sollten, werden sie umklammert
werden.

Die Blamage wird bestritten.

Die „Birshewija Wjedomosti“ ist ermächtigt, mitzutheilen, daß
in der ausländischen Presse verbreitete Gerüchte, Admiral Kowalewski
habe während des Vorfalls in der Nordsee auf eigene russische
Torpedoboot gefeuert, welche angeblich hinter dem Geschwader zurück-
geblieben waren und dasselbe zu erreichen suchten, sei die reinste
Erfindung. Ebenso erwidert, daß dabei ein Torpedoboot in
den Grund gebohrt und ein zweites beschädigt sei.

Das baltische Geschwader.

Die russische Panzerschiffe und zwei Kreuzer sind, von Bigo
kommend, in Langer angekommen. Das baltische Geschwader ist jetzt
vollständig hier versammelt. Alle Offiziere haben sich an
Bord begeben, in Erwägung, daß die Abfahrt unmittelbar bevorstehe,
doch ist die Stunde der Abfahrt noch nicht bekannt. Ein Dampfer
mit auf Eis liegendem Fleisch wird dem Geschwader folgen. Bei
Ankunft der russischen Schiffe wurde Salut geschossen.

Diesem Versuche, sich rein zu waschen, steht der Brief
eines russischen Seeoffiziers entgegen. Darüber wird aus
London gemeldet:

Ein hiesiger Journalist hatte Gelegenheit, Einsicht in einen
Brief zu nehmen, den ein Unterleutnant eines Schiffes der
russischen Flotte an seinen in London lebenden Vater sandte.
Nachdem darin festgestellt ist, daß der größte Teil der Offi-
ziere und der Mannschaft betrunken war, was zur
Folge hatte, daß die Flotte außer Kurs geriet, heißt es in dem Brief
weiter: Wir wußten, daß wir außer Kurs waren, und fürchteten
jeden Augenblick anzulanden. Mäßig wurde Alarm gegeben, und
in der darauf folgenden Verwirrung kollidierten mehrere Schiffe des
Kreuzer-Geschwaders. Inmitten der Konfusion stießen wir, wie wir
annahmen, auf eine Flotte Torpedoboots, und da wir Befehl
hatten, auf jedes verdächtige Fahrzeug zu feuern, richteten wir unsere
Geschütze darauf und versenkten mehrere. Hier in Oberbourg erzählt
man uns, daß die Schiffe, auf die wir feuerten, britische
Fischerboote waren. Das kann schon sein, da die Ver-
wirrung in unserer Flotte so groß war. Die Schiffe wurden auch
nicht erwidert. Erst Nachts aber fand ein Wechsel von Schiffen
zwischen unserem Schiff und einem anderen statt, und erst als ein
kleines Geschöß an Bord flog, das nicht explodirte, bemerkten wir,
daß die Russen russische sei, und daß ein Versehen begangen
wurde, und daß wir aufeinander gefeuert hatten. Wir hatten
mehrere Verwundete. Kannst Du Dir eine unglücklichere Geschichte
denken? Aber es ist nicht überraschend. Jeder vom Admiral
abwärts scheint so demoralisirt und ohne Herz
und Hoffnung.

Dieser Brief ist für die Stimmung und die Korruption
auf der russischen Flotte ungeheuer bezeichnend.

Das letzte Angebot.

Der Journalismus beginnt jetzt, seine Unterthanen mit Gewalt zum
Kriegsdienst zu pressen. Die Unglücklichen werden auf die Schlacht-
barrakaden in der Mandchurie geführt, um dort die Kanonenkugeln mit
ihrem Blut zu besetzen. Die „Baltische Zeitung“ berichtet aus
Leningrad: Aus allen Himmeln stürzten wurden durch unermessliche
Mobilmachung die wehrhaften Bewohner des russischen Grenz-
gebietes Alexandrows. Mehrere hundert Mann erzielten Ge-
wehresbesitzer in der Weile, daß sie bei Nacht und Nebel aus
den Betten geschloß und auf bewaffneten Reitern am nächsten
Morgen nach Kowal transportiert wurden, von wo sie nach kurzer
Uebungszeit nach dem Kriegsdienst abgeleitet werden. Ein
Transport von fünfzig Mann ging auch sofort der Bahn von
Alexandrows ab. Die Frauen und Kinder der Betroffenen erhoben
ein verzweifelndes Geschrei um ihre Verlorenen, da sie nun der
bittersten Not preisgegeben sind. Von den Weibern haben die Höl-
lener, Post, Güterzüge der Eisenbahnstation zu Alexandrows
alles, was irgend selbstständig, hergeben müssen. Auch bei den
Geschäftsleuten sind einzelne Konten fast ganz leer. In den länd-
lichen Ortlichkeiten der russischen Grenzgebiete sind die Reservisten
überall in gleicher Weise übermüdet worden, wahrscheinlich an einer
Krankheit verstorben. So wird aus den russischen Provinzen Katorza,
Wladimir, Nischni, Sochli, Wladimir gemeldet, daß Nachts zwölf
Uhr russisches Militär in die Häuser der zahlreichsten
Löhner eindrang und die Reservisten aus den Betten holte.
Bei solchen Gewaltthaten wütheten sich Herzergreifende
Ereignisse ab, da die russischen Reservisten auf eine Weile
der ihnen gewaltthätig und öffentlich mitgeführten Männen, Söhne und
Brüder kaum rechnen.

Politische Uebersicht.

Die Intrigue gegen das Reichswahlrecht.

Jüngst wurde wieder in der Zentrumspresse die Diätenfrage
aufgeworfen und tags antwortete die „Post“ mit der Auf-
stellung der berühmten „Kompensationen“ zur Verhinderung
des Wahlrechtes. Einen weiteren Beitrag zu der Frage
liefert jetzt eine Rezension des Freiherrn v. Jeditz,
welche die „Allg. Allg. Ztg.“ veröffentlicht. Da Herr
v. Jeditz hinter allen Kulissen der Regierung und Partei-
macht steht, so hat seine Mittheilungen nicht unbeachtet zu
lassen. Er führt nach seiner Meinung aus:

Die Diätenfrage hängt englich zur Entscheidung
Anhangs habe es angeht, an welcher Stelle man über-
winden im überwinden. Es ist ein offenes Geheimnis, daß der
Reiter ein Gegner der Diätenreform an den Reichstag ist, aber
die Erwartungen, welche man sonst hat an die Diätenreform ge-
bracht hätte, hätten sich nicht erfüllt. Natürlich müßten aber für
die Erhaltung der Diäten Kompensationen auf dem Gebiet des
Wahlrechtes gefunden werden und das Zentrum, das bei uns
einmal die maßgebende Partei ist, muß es zunächst gesamt
mit Kompensationen zu bewilligen. Es handelt sich um ein
um zwei Kompensationen, eines um die Befreiung jeder
Wahlstätte, und zweites um eine Befreiung, wenn die Ab-
stimmung des Reichstages an das Ende eines jeden
sechsmonatlichen Aufenthaltes an Wahlorte
geknüpft sein soll. Durch die Befreiung jeder Wahlstätte würde es
erlaubt sein, in Zukunft zum Wahlort oder Empfangsorten
in längerer Zeit vorzugehen zu können, während die vorerwähnte
Angelegenheit, welche bisher die Diätenfrage war, die Diätenfrage
ist nach Möglichkeit beizubehalten. Sollte für Wahlorte be-
halten werden in England und Frankreich, warum sollten sie nicht
auch bei uns durchführbar sein? Doch werden Kompensationen be-
gründete Herr v. Jeditz als in das Gebiet der kleinen Mittel
zur Bekämpfung der Sozialdemokratie fallen.

Die „Post“, für die Herr v. Jeditz schreiben befreit, hat
noch weitere von solchen „kleinen Mitteln“ gegen das Reich-
tagswahlrecht angeführt, wie die Befreiung des Wahl-
alters ufm. Jedemfalls denken manche Jeditz darauf hin,
daß eine solche „Lösung“ der Diätenfrage verfehlt werden
kann. Insbesondere können die Forderungen des Reichs-
tagers Graf v. Bülow, als er sich jüngst im Reichstag
über diese Frage aussprach, recht wohl zu den Jeditzischen
Angelegenheiten. Auch mag man sich wirklich in Regierung-
kreisen gerade von den Verhandlungen des Reichstages, die
Jeditz fordert, Vorteile versprechen. Der Ueberwachungs-
vorzug befreit sich aufnehmend die Preise, die nach einem Mittel
trachten, die Sozialdemokratie zu hindern. Solange findet
sich halb Gelegenheit, im Reichstages die Regierung über diese
Dinge ein wenig zu erörtern.

Es bedarf keiner Ausführung, daß der Versuch, mit
Diäten Wahlrechtsschacher zu treiben, von jedem anständigen
Parlamentarier weit zurückgewiesen wird. Ein Reichstag, der
Diäten gegen Verkürzung des Grundrechtes der Wähler, die
ihm gewährt, zustimmt, würde sich Hochverrats an der Nation
schuldig machen.

Die Erfordernis eines sechsmonatlichen Aufenthalts am
Wahlorte würde die Entziehung zahlreicher Wähler, ins-
besondere aus der stark beweglichen Arbeiterklasse, bedeuten,
eine Entrechtung, welche zugleich die tollste Verpötlung der
Reichseinigkeit durch deren vorgebliche Verherrlicher enthält.

Die Aufstellung fester Wählerlisten aber würde die not-
wendige Vorbereitung der wichtigsten staatsbürgerlichen Pflichten-
erfüllung unmöglich machen. Es ist bezeichnend, daß die
Gegner der Sozialdemokratie die Wahlvorbereitung zu ver-
zögern und fast völlig zu beseitigen streben, obgleich diese
Zeit ihnen die beste Gelegenheit bieten sollte, die Bevölkerung
gründlich über die Sozialdemokratie und ihre Irrlehren auf-
zuklären. Durch die Scheu vor der Wahlbewegung beweisen
sie den völligen Mangel des Vertrauens in ihre eigene Sache.
Eine andere Frage würde sein, ob dieser Vorschlag geeignet
ist, das zu erreichen, was man von ihm erwartet. Wir sind
überzeugt, daß die Feinde des Volkes wie so oft sich auch
in dieser Hinsicht einer selbstmörderischen Täuschung überlassen.
Gerade die jetzige Wahlbewegung in Italien müßte die
Herrschaften zur Besinnung rufen; die bürgerlichen Parteien
dort laufen in voller Verwirrung durcheinander und die
Sozialdemokratie allein kämpft geschlossen und zieht aus der
kurzen Frist den größten Gewinn. Die Herrschenden wollen
die Wahlagitation vermindern, doch ihr Vorschlag würde dazu
führen, daß infolge der andauernden Erwartung von Ueber-
rumpelungen die Agitation in Permanenz erklärt wird.

Doch es handelt sich zunächst weniger darum, diese
reaktionären Vorschläge eingeleitet zu bekämpfen, als vielmehr
um die Frage, ob im Reichstag Neigung besteht, die Diäten-
frage überhaupt mit Kompensationen zu belassen. Das
wichtigste in den Äußerungen des Herrn von Jeditz ist die
Behauptung, „das Zentrum zeige sich neuerdings geneigt,
diese Kompensationen zu bewilligen.“

Das Zentrum hat sich bisher stets gegen Diätenschacher
erklärt. Die Presse dieser Partei hat noch jüngst sich ent-
schieden verwahrt, daß sie sich auf solche Bahnen begeben
könne. Aber die Persönlichkeit des Herrn von Jeditz und
die Bestimmtheit seiner Behauptung wird das Zentrum
nötigen, von neuem gegen derartige Unterstellungen das Wort
zu nehmen.

Für einen Friedensschluß mit den Hereros

trifft jetzt endlich auch ein bürgerliches Blatt ein. Der
„Reichsbote“ schreibt:

Vor einigen Tagen brachte das „Berliner Tageblatt“ die
Melbung, daß mit den auffständigen Hereros Unterhandlungen an-
geknüpft werden sollten. Wir halten dies für die böswillige
Ausführung irgend eines kolonialen Ueber-
menschen, um Stimmung zu machen gegen eine Maßnahme,
welche jetzt, unseres Erachtens, dringend nötig ist, nämlich die,
den am Widerstande verweilenden Hereros
Gnade anzubieten. Aus allen Meldungen, welche in den
letzten Tagen aus dem Schutzgebiete gekommen sind, geht mit voller
Deutlichkeit hervor, daß die Hereros völlig widerstandsunfähig sind.
Ihre Führer sind auf englisches Gebiet entflohen, ihr Vieh ist
ihnen teils abgekehrt, teils in der wasserlosen Omahela gefallen, in
die sie hineingetrieben wurden; die entnervigten Scharen hält nur
ein Gefühl ab, die Waffen zu fassen, die Furcht vor der
Rache des Siegers. So ist es denn unsterker, als christlicher
und menschlich denkender Nation würdig, den Verzweifelnden zu ver-
söhnen, daß den Verführten, namentlich den verzweifelten drücklichen
Hereros, Gnade gewährt werden wird. Und es ist auch ung-
wenn wir so handeln; denn laden wir die Hereros nicht ein, die
Waffen zu fassen, indem wir ihnen, welche das tun, Gnade ver-
sprechen, dann treiben wir sie vollends zur Ver-
zweiflung, machen sie zu heimatlosen Räubern
und die Kolonie zur Wüste. Wenn unsere Kolonial-Ueber-
menschen diesen Akt der Gnade als einen Akt der Schwäche ver-
schreiben, so sollte das unsere Kolonialbehörden nicht abhalten, zu
tun, was menschliche Gerechtigkeit und was die Interessen der Kolonie
erheben. Wir würden unsere braven Soldaten nicht allein zu
Menschen schlächtern degradieren, wenn wir sie zwingen, auf
Verzweiflung „Ja“ zu machen, wir würden uns selber
schädigen, wollten wir die Hereros ausrotten. Der Oberbefehlshaber
in der Kolonie soll also bald möglichst Gnade denen ver-
leihen, die sich unterwerfen; die Leute müßten dann,
so weit nicht mit ihnen als Räubersführern und Räubern ins Gericht
zu gehen ist, völlig entwaffnet und in Reservate gebracht werden, wo
wir sie vor dem Hungertode zu schützen hätten; natürlich
müßten sie dafür arbeiten.

Es hat lange gedauert, bis der „Reichsbote“ seine
humane Gesinnung entdeckt hat. Immerhin ist er unter der
bürgerlichen Presse der erste, der eine Regung der Vernunft
und Menschlichkeit zeigt. Es bleibt abzuwarten, welches Echo
dieser Appell finden wird.

Kontraktbruch der Landarbeiter.

Die Kommission des Abgeordnetenhauses zur Vorbereitung des Gesetzes
betreffend Erleichterung des Kontraktbruches ländlicher Arbeiter
trat am Mittwoch in die erste Beratung der Vorlage ein.
Es wurde beschlossen, zwei Lesungen vorzunehmen und zunächst
in eine Generaldiskussion einzutreten.

Im Laufe derselben wurde von der freisinnigen Partei
sowohl die rechtliche Gültigkeit einer landesgesetzlichen Regelung, als
die Nützlichkeit und Durchführbarkeit einer solchen in Abrede ge-
stellt. Die übrigen Kommissionsmitglieder sprachen sich für die Zu-
ständigkeit der Landesgesetzgebung aus und der weitest größte Teil
erklärte auch das Bedürfnis einer solchen Vorlage an. Wenn der
Gesetzgeber auch nicht inslande sei, die Leuten der Landwirtschaft zu
befreien oder zu mildern, weil er den Abfluß der landwirtschaftlichen
Arbeiter in die Industrie nicht zu hindern vermöge, so könne er doch
deshalb wenigstens wünschen, daß er die vorhandenen Arbeiter bei dem
Kontraktbruch behalte, der sie mit Mühe und Kosten angeworben habe,
und das gewinnlose und unrette Ansehen unterbinde.

Die konservativen Vertreter hielten den Entwurf für eine
unzulässige Grundfrage eines in dieser Richtung wirkenden Gesetzes,
obgleich auch sie verschiedene Abänderungen für notwendig erachteten.
Im gleichen Sinne sprach sich ein Teil der Zentrumsmit-
glieder aus, während die übrigen Vertreter dieser Partei be-
merkten, daß der unzulässige Einfluß der Vorlage auf die Rechte
der Arbeiter zu groß sei, um ohne Bedauern hinzunehmen zu werden.
Die nationalliberalen Mitglieder der Kommission erklärten
insbesondere eine Befreiung der Arbeitgeber, die vertragsbrüchige
Arbeiter annehmen, für bedenklich. Vor allem aber würde ein Ge-
setz, das nicht auch der Industrie die Annahme kontraktbrüchiger land-
wirtschaftlicher Arbeiter verbiete, der Landwirtschaft sehr wenig Nutzen
bringen und es sei deshalb zu erwägen, ob nicht die Reichsge-
setzgebung angeregt sei, um eine Befreiung des Kontraktbruches ein-

Heilich für alle Bundesstaaten und alle Rechtsverhältnisse aus dem Dienstvertrage herauszuführen.

Seitens der Regierungsvorsteher wurde der Vorschlag gemacht, die Bedenken gegen die Befreiung von Arbeitgebern, die vertragsbrüchige Arbeiter annehmen, dadurch zu beseitigen, daß eine Fortführung der Schlichtung durch die Polizeibehörde vorgeschrieben werde. Dieser Vorschlag fand Widerspruch, weil hierdurch eine genügende Arbeitsgarantie nicht geschaffen werde.

Zu einer Abstimmung kam es noch nicht. Die weitere Beratung wurde bis zum 7. November verlagert.

Aus Deutsch-Südwestafrika. Major v. Zengerle meldet aus Warmbad über Kapstadt am 20. Oktober: Reetmanshoop ist mit 130 Mann und 2 Geschützen ausreichend verproviantiert und wird sich Monate lang halten können, wenn auch die Wegnahme der dort reichlich vorhandenen Tiere zu befürchten sei. Morenga befindet sich mit mehreren hundert gut bewaffneten berittenen Hottentotten in und bei Karasberg. Die Verbindung mit Reetmanshoop ist dadurch unterbrochen. — Ein Telegramm aus Windhof meldet:

Am Typhus sind gestorben: Reiter Carl Wenzel, Maschinengewehr-Abteilung 1; Reiter Arnold Lange, s. Compagnie, Regiment 1; Reiter Friedrich Winterstein, s. Feldartillerie-Regim. 65; Reiter Hermann Prayborowky, früher Leibhuzaren-Regim. 1; Reiter Wladislaw Nibergall, Feldtelegr.-Abteilung, an Dampferverletzung durch Stussschlag verstorben.

Zuverlässiger Privatnachricht aus Deutsch-Südwestafrika zufolge, ist der Witbottlaufstand erst ausgebrochen, nachdem man deutschseits mit der Entwaffnung der Witbois begonnen habe. Die deutschen Verluste an Offizieren, Beamten und Mannschaften betragen seit Beginn des Aufstandes sechshundertsechzig Tote.

Revoltierende Techniker. Unter der Anklage des Aufstandes und Aufruhrs hatten sich 29 jetzige und ehemalige Schüler des Technikums in Hildburghausen vor der Strafkammer in Meiningen zu verantworten. Der Anklage liegt folgender Tatbestand zugrunde. In der Nacht zum 25. September wurden von der Polizei in Hildburghausen einige Techniker wegen groben Unfugs auf offener Straße verhaftet und zwecks Feststellung ihrer Persönlichkeit dem Wachtlokal zugeführt. Infolgedessen rotteten sich zahlreiche Techniker, die sich ebenfalls auf der Straße befanden, zusammen und gingen gewalttätig gegen die Beamten und das Wachtlokal vor. Da der Tumult immer ärger wurde, mußte die Polizei schließlich militärische Hilfe in Anspruch nehmen, die auch unter dem Kommando eines Offiziers alsbald auf dem Platze erschien. Gleichzeitig wurde die Feuerwehr alarmiert; diese sandte mit ihrer Spritze starke Wasserstrahlen in die Reihen der Erregten, sodaß es endlich gelang, die Ruhe wiederherzustellen, nachdem 29 an dem Tumult beteiligte gewesene Techniker zur Wache sifert worden waren. Den Angeklagten, die aus allen Gegenden des Reiches stammen, standen fünf Verteidiger zur Seite, darunter Rechtsanwalt Dr. Siebnecht-Berlin. Zu der dreitägigen Verhandlung waren 25 Zeugen geladen. Das Gericht kam auf Grund der umfangreichen Beweisaufnahme zu der Ueberzeugung, daß Landfriedensbruch und Aufruhr nicht vorliege; es verurteilte vier Techniker wegen Aufstands zu 100 M. Geldstrafe und einen Techniker wegen Widerstandes zu 20 M. Geldstrafe; die übrigen Angeklagten wurden kostenlos freigesprochen.

Leopold Sonnemann, der Verleger der „Frankf. Ztg.“, hat darauf verzichtet, eine neue Kandidatur für die Stadtverordnetenwahlen in Frankfurt a. M. anzunehmen. Er motiviert diesen Verzicht in einem Dankeswort an seine früheren Wähler. Sonnemann hat der Frankfurter Stadtverordneten-Versammlung von 1868 bis 1880 und seit 1886 angehört.

Ann ist der Staat gerettet. Die Anweisung der letzten Berliner Schülerabteilung des sozialdemokratischen Turnvereins „Fichte“ aus den städtischen Hallen ist am Mittwoch erfolgt. Bei der ersten Verlesung des Provinzialschulgesetzes war diese Abteilung vergessen worden. Sie turnte inzwischen weiter, bis gestern die Anweisungsbefehle eintraf. Der Turnwart inszenierte einen stimmungsvollen Abschied; er ließ die Schüler zusammenreten und intonierte dann das Lied: „Heut noch sind wir hier zu Haus, morgen geht's zum Tor hinaus, und wir müssen wandern.“

Gegen den Simplicissimus. Wie der „Tagl. Rundschau“ aus zuverlässiger Quelle mitgeteilt wird, sei von der Vertretung des evangelischen Pfarrverbandes im Deutschen Reich gegen den „Simplicissimus“ wegen Verleumdung der evangelischen Pfarrfrauen gerichtliche Klage erhoben worden. Es handelt sich um ein Schicksal, welches das Blatt im Zusammenhang mit den Verhandlungen des Kölner Simplicissimusprozesses auf den deutschen Protestantismus gebracht ist.

Kleine Münze! Der Verlehrsaußschuß der brandenburgischen Landwirtschaftskammer hat beschlossen, in dem vom Oberpräsidenten der Provinz eingeforderten Gutachten für die Ausprägung von Dreimarkstücken einzutreten, bezuglich die Ausprägung von 25-Pfennigstücken zu empfehlen.

Inland.

Wie man in Rußland mit Menschen spielt.

Ein Streitfall, der sich vor längerer Zeit zwischen dem Statthalter von Moskau, Großfürsten Sergius und dem dortigen Großindustriellen Morosow abgespielt hat, macht deshalb viel von sich reden, weil die Regierung es sonderbarerweise für angezeigt gehalten hat, ihn offiziell zu demontieren. Der Sachverhalt ist, nach der „Schlef. Ztg.“, folgender:

Großfürst Sergius hatte eine Abordnung Moskauer Großkaufleute zu sich berufen, um sie zu reichlicheren Spenden für das Rote Kreuz zu bewegen. Der Großindustrielle Morosow soll nun bei dieser Gelegenheit dem Großfürsten gesagt haben, daß bei den letzten Spenden große Veruntreuungen stattgefunden hätten, er daher nur unter der Bedingung geneigt wäre, sich weiter daran zu beteiligen, falls eigene Vertreter der Kaufmannschaft zur Kontrolle zugezogen würden. Er führte hierbei u. a. an, daß baumwollene Decken, die in seinen Fabriken eigens für das Rote Kreuz angefertigt worden waren, nachher in den Läden Moskaus zum Verkauf ausgestellt worden waren. Vom Großfürsten zurückgewiesen, soll Morosow erwidert haben, daß ein Verstummen seinerseits als Sanktion zu gelten sei. Die Abordnung wurde hierauf entlassen. Kurz nach diesem Vorfall erschien in der Wohnung Morosows ein Gendarmen-Oberst, welcher ihm im Namen des Großfürsten den Befehl überbrachte, innerhalb einer ganz kurzen Frist, wie Gerüchte besagen, im Verlauf von zwei Stunden, Moskau zu verlassen und sich auf einen Zeitraum von fünf Jahren in eine Stadt des äußersten Nordens Rußlands zu begeben. Nach der Ursache der Verbannung gefragt, soll der Gendarmen-Oberst sich auf keine Erklärungen eingelassen haben. Morosow erklärte sich daraufhin bereit, sofort dem Obersten zu folgen. Er wolle nur noch tele-

phonisch einige Anordnungen treffen. Darauf gab er im Beisein des Obersten seinem Generaldirektor den Befehl, den Betrieb in allen seinen Fabriken sofort einzustellen und alle Arbeiter zu entlassen. Die Zahl der Arbeiter, welche in den Fabriken Morosows beschäftigt sind, beläuft sich aber auf etwa 60,000. Als der Oberst diesen Befehl hörte, erschrak er über die Folgen desselben und suchte Morosow hieron abzubringen. Letzterer blieb jedoch standhaft. Endlich willigte er darin, seine Anordnung rückgängig zu machen, falls der Großfürst umgeben seinen Befehl zurücknehme und ihn um Vergebung bitte. Den Forderungen Morosows wurde auch sofort entsprochen. Hiermit wurde also der Zwischenfall auf gütliche Weise erledigt.

Trotz aller Dementis hat sich der Vorgang, wie die „Schlef. Ztg.“ behauptet, der Hauptsache nach in der erwähnten Weise abgepielt. Das Vorkommnis ist typisch für die in Rußland herrschenden Verhältnisse und bezeichnend für den Wert russischer offizieller Dementis. — Und nach der Freundschaft dieses Jammerlandes steht unsern Jüngern der Sinn!

Intriguen gegen den Fürsten Swiatopoll. Das „Echo de Paris“ meldet aus Petersburg, daß der neue russische Minister des Innern, Fürst Swiatopoll-Mirski, entgegen verschiedenen Meldungen, im Amt bleiben wird. Die Gerüchte über seinen bevorstehenden Rücktritt sind darauf zurückzuführen, daß Pobjedonoszew vor einigen Tagen dem Jaren ein Memorandum überreichte, worin er gegen die Politik des Ministers des Innern protestierte. Der Kaiser schwankte in seinem Vertrauen zum Fürsten Swiatopoll-Mirski und wurde auffallend kühl in seinem Benehmen gegen den Minister des Innern. Fürst Swiatopoll selbst darauf seine Entlassung, doch erfolgte ein Umschwung in den Ansichten des Jaren, der den Minister bat, im Amte zu bleiben.

Ein sozialer Wahlerfolg in Frankreich. In der Pariser Gemeindefürwahl des 20. Bezirks wurde der revolutionär-sozialistische Kandidat Marchand gewählt. Die P. S. de F. gewinnt damit einen neuen Sitz.

Marchand erhielt 1119, der royalistische Geaner 937 Stimmen. Im ersten Wahlgang hatten sich die Stimmen wie folgt verteilt: Marchand 912, der Royalist 629, zwei Unstabilitäten zusammen 631, ein Allemanist 82 und zwei „unabhängige“ Sozialisten 48 Stimmen. In der Stichwahl hat der revolutionäre Sozialist nur 207 neue Stimmen gewonnen, gegenüber einem Zuwachs von 306 Stimmen für den Royalisten. Dabei sind im zweiten Wahlgang um 60 Stimmen weniger abgegeben worden als im ersten. Es ist also klar, daß nur ein winziger Bruchteil der instabilen Wähler in der Stichwahl für Marchand gestimmt hat. Das Gros derselben blieb der Urne fern und ein Teil muß sogar für den Royalisten gestimmt haben, — um ja nur nicht dem revolutionären Sozialisten zum Siege zu verhelfen!

In den Wahlen in Italien. Dem „Tempo“ zufolge sind bei den kommenden Wahlen bis jetzt gegen 1000 Kandidaten aufgestellt; davon entfallen auf die Ministeriellen 500, die Sozialisten 400 und die Radikalen 64.

Keine Wahlbeteiligung der Amerikaner in Italien. Der „Kölnischen Volkszeitung“ wird aus Rom gemeldet: Der päpstliche Unterstaatssekretär Mgr. della Chiesa erklärt die Meldung von der Wählung des Wahlverbots „Non expedit“ für falsch. Das Verbot bleibe in vollem Umfange bestehen. — Also ist sogar das Zentrumshauptorgan, die „Germania“ myifiziert worden.

Lokales und Provinzielles.

Breslau, den 4. November.

*** Einseitliche Krankenkontrolle.** Der Vorstand der Orts- und Betriebs-(Fabrik)-Krankenkassen hielt gestern Abend im Gewerkschaftshause eine Sitzung ab, um über die Einführung einer einseitigen Krankenkontrolle zu beraten. Herr Bergmann, der das Referat übernommen, führte dazu aus:

Die Frage einer umfassenden einseitigen Krankenkontrolle ist eine Lebensfrage für die Kassen geworden. Die Kontrollenre haben oft zweifelhafte Begriffe über ihre Aufgaben gehabt. Jetzt dürften die Ansichten über die Aufgaben der Kontrollenre ziemlich geklärt sein. Man hat bisher die Kontrollenre als eine Art Spitzel betrachtet, um die Simulanten unter den Kranken ausfindig zu machen. Damit ist ihre Tätigkeit nicht abgeschlossen. Sie sollen Intelligenz und die nötigen Charaktereigenschaften besitzen, um die Grundhübel, das heißt die sozialen Verhältnisse in der Familie des Kranken, näher kennen zu lernen. Der intime Verkehr mit den Kranken wird den Kontrollenre die Krankheit, ihre Ursachen und vor allem die Wohnungsverhältnisse viel eher erkennen lassen. Durch planmäßige Organisation, ähnlich wie die Krankenkontrolle in Leipzig durchgeführt ist, wird das Ziel erreicht werden. Bergmann legt dann einen eingehenden Plan vor, der unter anderem folgendes bestimmt: Zweimal wöchentlich Kontrolle. Es sind Meldungen zu machen, wenn schlechte Wohnungsverhältnisse oder Betriebsunfälle vorliegen. Geschenke sind bestimmt zurückzuweisen und eine regelmäßige Wohnungsverhältnisse aufzunehmen. Er empfiehlt die Einführung einer einseitigen Krankenkontrolle ab 1. Januar 1906.

Die Besprechung über dieses Thema war eine sehr lebhaft.

Peterkassel hält es für unhaltbar, daß die Kontrollenre auch ihrem Berufe angehören sollen. Entscheidend müsse ihre Intelligenz sein. Schwermüde sind nicht zu befürchten. Es ist besser, wenn diese Zeit für den Besuch anderer Kranke benützt wird. Ausreichende Entschädigung der Kontrollenre müsse gewährt werden. Manche wünscht die finanzielle Grundlage im Voraus gesichert. Schmidt hofft, daß die Kontrollenre nicht sobald gewechselt werden, denn es sei gut und notwendig, wenn der Kontrollenre mit seinem Gebiet vertraut werde. Wachsmauth meint, daß neben der festen die Privatkontrolle gut sei. Rogelsberger ist mit der gemeinsamen Kontrolle einverstanden, wünscht aber auch die Belastung vorher kennen zu lernen. Scholich ist nicht für Hinausschiebung der Sache. Die Frage sei reif und geklärt und die vorgeschlagene Einführung ab 1. Januar wohl möglich. Fater hält sich nicht für kompetent, der Einführung der Kontrolle in dieser Besammlung seine Zustimmung zu geben. Er müße erst feiner Rasse den Vorschlag unterbreiten. Hier stellt sich auf den Standpunkt Rogelsbergers. Kerdlitz hält den Vorschlag durchaus für zeitgemäß, um die hohe Krankenkassen zu befähigen. Andere Städte haben auf diesem Gebiete bedeutendes geleistet. Jeder Anwesende könne recht wohl persönlich seine Zustimmung geben, da der Vorschlag doch nur im Prinzip gefaßt werden solle. Jeder Kassenvorstand könne selbstverständlich den Vorschlag erörtern und einstimmig ablehnen. Fischer ist prinzipiell mit Bergmann einverstanden, hält aber die Einführung ab 1. Januar für verfrüht. Bergmann betont in seinem Schlusswort, daß die Kosten der Kontrolle die bisher aufgewendeten Beträge nicht übersteigen sollen. Damit sei nicht gesagt, daß die Kontrollenre nicht mehr Gehalt haben sollen.

Es erfolgt nunmehr die einstimmige Annahme der Vorschläge Bergmann's, nur mit der Einschaltung, daß die Krankenkontrolle, wenn möglich, ab 1. Januar eingeführt werden soll. Im übrigen wurden die Vorschläge dem engeren Vorstand bzw. der Vertrauens-Kommission zu näherer Prüfung unterbreitet. Auf Antrag Scholich werden die Darlegungen Bergmann's gedruckt und den Kassensmitgliedern zur Orientierung übermittelt. Nachdem noch die Anstellung einiger Kerze beschlossen, äußert sich Arbeiter-Sekretär Neukirch über die demnächst zu erfolgende Wahl von 16 Arbeitervertretern zur unteren Verwaltungsbehörde: Der Oberpräsident habe sich etwas lange Zeit genommen, um die Wahlen anzukündigen. Nach der Wahlordnung sollten

die Wahlen innerhalb der Zeit vom 1. Oktober bis 15. November vorgenommen werden. Aber erst am 28. Oktober rückt der Oberpräsident mit der Mitteilung heraus, daß statt 4 jetzt 16 Vertreter zu wählen sind, nachdem die vom Gewerkschafts-Komitee vorgeschlagenen vier Arbeitervertreter bereits nominiert waren. Der Staatssekretär Herr Scholz hat die Arbeitervertreter aufs Rathaus zitiert, angeblich um Stimmenspaltung zu verhindern. Das ist durchaus unnötig. Die Krankenkassenvorstände wissen selbst, was sie tun müssen. Jeder Vorstand nimmt seine Wahl selbst vor. In der bürgerlichen Presse ist in letzter Zeit oft darauf hingewiesen worden, daß zu viele Invalidentrenten gezahlt werden. Im Gegenteil! Zu wenig Invalidentrenten sind gezahlt worden. Es kommt darauf an, Arbeitervertreter zu wählen, die nicht zu engherzig sind. Redner bittet daher, die vorgeschlagenen Personen zu wählen. Zum Schluß wird noch beschlossen, an den Magistrat ein Gesuch zu richten, daß die Versammlung erst nach Feierabend einberufen werde, damit die Eingeladenen nicht mehr an ihrem Arbeitsverdienst geschädigt werden.

*** Drei Knöpfe = drei Pfennige.** Frau Anglobe hatte von dem Wäschegeheimfirma Hoerder eine Anzahl Damen- und Knabenhemden zum Nähen erhalten. Wahrscheinlich entstanden wegen des Preises Differenzen, denn die Ablieferung der Hemden verzögerte sich. Herr Hoerder wurde ungeduldig und verklagte die Frau durch einen Rechtsanwalt auf Ablieferung. Die Hemden wurden geliefert, die Frau erhielt aber statt 3 60 M. nur 2 57 M. Die Firma hatte sich 3 Pfennige abgezogen, weil 3 Knöpfe zu wenig wiedergebracht wurden und 1 Mark auf Rechtsanwaltsgebühren für die Klage. Wegen dieser einen Mark war die Klägerin gezwungen, Klage vor dem Gewerbegericht anzukündigen. Im Termin, am 3. Oktober, beherrschte der Vorsteher, Stadtrat Havenslein, den Kaufmann, der mit dem bürgerlichen Gesetzbuch nicht sehr vertraut zu sein scheint, daß derlei Abzüge vom Lohn nicht zulässig sind, und so mußte er sich sehr dazu bequemen, die Zahlung der einen Mark anzuerkennen. Den Abzug von 3 Pfennigen ließ sich die Frau gefallen.

Aus der Provinz Posen.

Posen. Eine jüdische Pesehalle wurde hier Friedrichstraße 3, L. eröffnet. Dieselbe ist geöffnet des Abends von 8 1/2 bis 10 Uhr, außerdem des Sonnabends Mittags von 11—1 Uhr.

Gnesen, 2. November. In der Selknamarsaffäre des Getreide-Großhändlers M. Rogozinski schreibt der „Lach“ Rogozinski hat in Gnesen Privatpersonen und öffentliche Institute um mindestens 450,000 Mark geschädigt. Die Gnesener Bäckermeister verlieren allein durch Rogozinski 150,000 M.; die polnischen Bäckermeister sollen an dieser Summe mit 40,000 M. beteiligt sein. Andere polnische Bäckermeister, die noch 3 große angelegene Geschäfte, die mit Rogozinski viel arbeiteten, mit in die Katastrophe hineingezogen sind und wahrscheinlich in kurzem ihren Bankrott anmelden müssen.

Neueste Nachrichten.

Der Krieg zwischen Rußland und Japan. Der englisch-russische Zwischenfall.

Dem „Tempo“ zufolge wird der russische Fregatkapitän Glado, der Vizekommandant des Admiralschiffes des Geschwaders Roschjestschenski, der mit drei anderen Offizieren nach Petersburg abgereist ist, vor der Untersuchungskommission folgendes Zeugnis ablegen, welches die russische Version der Angelegenheit darstellt:

1. Roschjestschenski wurde während der Fahrt verständigt, daß bald unter dieser, bald unter jener Flagge segelnde Schiffe an der kanonischen Küste sich anhielten.
2. Im Augenblick, als die Doggerbank-Angelegenheit sich ereignete, sah der Transportdampfer „Ramschalta“ deutlich zwei Torpedoboote. Gleichzeitig verzeichnete die Funkentelegraphen-Apparate des Geschwaders eine anscheinend vom „Ramschalta“ kommende Anfrage, welche in ungewöhnlicher Form abgefaßt war und deshalb auf Befehl Roschjestschenski nicht beantwortet. Später wurde jedoch festgestellt, daß der Transportdampfer „Ramschalta“ keinerlei Anfrage abgefaßt hatte.
3. Als Roschjestschenski sah, daß die beiden vom „Ramschalta“ signalisierten Torpedoboote das Geschwader zu überholen suchten, gab er Befehl zu feuern. Es ist absolut falsch, daß auf Fischerboote geschossen wurde. Im Gegenteil, als man die Fischerboote erblickte, wurde das Feuer eingestellt.
4. Es ist falsch, daß das Geschwader russische Torpedoboote für japanische hielt. Die russischen Torpedoboote waren zur Zeit, als die Doggerbank-Affäre sich ereignete, bereits im Kermelkanal. Wohl ist bezeugt, daß acht Torpedoboote von Japan abgingen und von ihnen nur sieben nach Langer kamen. Ein Torpedoboot hat eben in den dänischen Gewässern Gavarie erlitten und ist deshalb vom Eisbrecher „Jermak“ nach Liban zurückgeführt worden. Die Enquetekommission wird wahrscheinlich im Haag zusammentreten.

Die vereinigte baltische Flotte bleibt zwei oder drei Tage vor Langer. Das englische Kreuzergeschwader geleitete die Flotte vor Bigo hierher.

Meteorologische Beobachtungen der Königl. Universitäts-Sternwarte.

Nach Breslauer Ortszeit (Mitteleuropäische Zeit plus 8 Minuten.)

November 3., 4.	Nachm. 2 Uhr.	Abends 9 Uhr.	Morg. 7 Uhr.
Luftwärme (C.)	+ 5,1	+ 6,2	+ 8,7
Luftdruck bei 0 (mm)	752,0	749,0	746,9
Luftfeuchtigkeit (mm)	4,7	5,8	7,1
Dampfdrück (pSt.)	73	82	86
Wind (0-12)	W. 3	SW. 7	W. 6
Wetter	bedeckt.	bedeckt.	bedeckt.

Höhe der Niederschläge seit gestern früh (mm) 0,96.
Gestern Abend Regen.

Ständesamtliche Nachrichten.

Eheschließungen. I. Rönker: August Langer, kath., Feldstraße 11d, mit Anna Beck, kath., Penitenzstraße 64. — Schneider Karl Schote, kath., Regeberg 26, mit Marie Hilbig, evang., ebenda. — Postunterbeamter Franz Günther, evang., Andersenstraße 46, mit Bertha Schöber, evang., ebenda. — Kaufmann Paul Ludwig evang., Pignitz, mit Ulrike Feenzel, evang., Bolenerstraße 27. — Haushälter Carl Dillias, evang., Friedrich-Wilhelmstraße 5, mit Pauline Schöfel, evang., Friedrich-Wilhelmstraße 3. — Bäcker Friedrich Mallof, ev., Albbäckerstraße 55, mit Betty Adler, evang., Sternstraße 84. — Kaufherr Paul Sambale, kath., Berktinerstraße 45, mit Maria Glatter, geb. Kariger, kath., ebenda. — Metzger und Frankenspieler Arthur Pitsch, evang., Graben 14, mit Martha Schupke, geb. Grätner, ev., Kupferschmiedestraße 12. — Friseur Carl Prasse, kath., Reichstraße Nr. 42, mit Hedwig Marxalla, kath., ebenda. — Reisender Alois Lambert, kath., Hildebrandstraße 4 mit Maria Rattner, kath., ebenda. — Ingenieur Erich Adler, evang., Reichstraße 2, mit Hedwig Zweig, jüd., Graßstraße 1. — Maurer Gregor Kowohl, kath., Thewissenstraße 20, mit Pauline Saufe, kath., ebenda.

Arbeiter Paul Klinge, evang., Kurze Gasse 56, mit Emilie Glaser, lat., geb. 1874. — II. Tischler Arthur Seerhe, lat., Lehndamm 39, mit Helene Weber, lat., Adnigartnerstraße 16. — Friseur Anton Haber, lat., Antonienstraße 28, mit Anna Werner, lat., Vobranerstraße Nr. 21. — Barbier Julius Müller, lat., Marthastrasse 6, mit Luise Schabel, evang., Adlersstraße 3. — Brauergeselle Gustav Sommerberg, evang., Smolna, Kreis Rybnitz O.S., mit Emma Jädel, ev., Reudorfstraße 120. — Sattlermeister Hermann Kretschmer, evang., Striegan, mit Margarete Holmann, evang., Vorwerkstraße 14a. — Geschäftsführender Paul Staruppe, evang., Vorwerkstraße 78, mit Martha Seeliger, evang., Palmstraße 38. — Chemiker Carl Wolff, lat., Paradiesstraße 17, mit Henriette Weichert, evang., Matthias-

straße 126. — Gärtner Otto Hoffmann, evang., Gwosdyan, mit Anna Reichelt, evang., Ober-Diersdorf, Kreis Ratiboritz. — Straßenbahnschaffner Otto Hillmann, lat., Robtenstraße 20, mit Pauline Schmidt, evang., hier. — Arbeiter Richard Kirch, lat., Sudenstraße Nr. 108, mit Martha Krause, evang., Sudenstraße 97. — Todesfälle. III. Schuhmacherswitwe Emilie Kirstein, geb. Rabitz, 58 J. — Wirtensfrau Anna Engel, geb. Birkhof, 84 J. — Postkammerweib Emilie Schmidt, geb. Danig, 80 J. — Drochslenscherwitwe Amalie Tschander, geb. Kerker, 84 J. — Haushälterwitwe Emilie Bedner, geb. Föhrer, 68 J. — Friseurmeister Moritz Weiß, 69 J. — Pens. Weichensteller Karl Dörhammer, 73 J. — Erich, S. des Arbeiters Franz Darrabas, 1 Mon. —

Oskar, S. des Arbeiters Paul Ker, 2 Mon. — Ausschuster Johann Weikner, 19 J. — Tischler Gottfried Regner, 44 J. — Frau Weikners, geb. Weikner, 44 J. — Friseurmeister Pauline Gärtners, geb. Reimann, 67 J. — Dienstmädchen Bertha May, 17 J. — Erich, S. des Steinmetz Karl Gallet, 3 J. — Erich, S. des Tischlers Marie, 31 J. — Fräulein Maurel Alois Jorgs, 67 J. — Fräulein Arbeiter Oskar Kube, 50 J. — Reinhold, S. des Tischlers Johann Döblan, 10 Mon. — Geschiedener Amalie Hepler, geb. Hauke, 41 J. — Antonius, S. des Schuhmanns Theodor Fuchs, 3 J. — Walter, S. des Schneiders Max Hoffmann, 3 J. — Margarete, T. des Instrumentenmachers Carl Heile, 3 J. — Berw. Lachter Christiane Druma, geb. Schmidt, 55 Jahr.

Stadt-Theater.

Freitag: Anfang 7 Uhr: „Sa u si“ (1. Teil).
Sonabend: „Der König hat's gesagt.“

Love-Theater.

Freitag: „Der Kaskadenführer.“
Sonabend: Zum 1. Male: „Traumulus.“

Volks-Vorstellungen im Thalia-Theater.

Sonntag: Abends 7 1/2 Uhr: „Die Flebermaus.“
Billetverkauf Sonabend von 10 bis 2 Uhr Sonntag v. 11-2 Uhr im Thalia-Theater.

Dominikaner.
Täglich:
Reuters
Wenden-Ensemble.
Alle 3 Tage vollständig neues Programm.
Auf. 7 1/2 Uhr, Eintritt 10 Pf.
Reserviert 20 Pf.

Arbeiter-Radsfahrer.

Sonntag, den 6. November:
Ausflug.

Treffpunkt früh 7 Uhr bei Sportplatz
geöffnet Mahler, Antonienstr. 3.

Kanarien-Hähne
preiswert zu verkaufen.
C. Rothert.
Lehndamm Nr. 56, IV.

Billiger als überall!
Schränke, Vertikows, Spiegel, Divans, Chaiselounges, Sesseln und Garnituren, einfache u. elegante Bettstellen mit Matrassen, Stühlermöbel, Stühle, Regulatoren etc. eventl. auch auf Teilzahlung sehr billig.
1501

H. Gerstel,
gerichtl. vereid. Taxat.,
Nur! Oderstraße 22. Nur!

Hut-Hanke

Friedrich-Wilhelmstraße 23

empfeilt Hüte, nur gute, reelle Qualitäten für Herren und Knaben.
Mützen, Stöcke, Schirme zu billigsten Preisen.

Jul. Eifler's
Beerdigungsanstalt
u. **Sargmagazin**
empfeilt sich dem geehrten Publikum zur eigenen Beachtung.
Friedrich-Wilhelmstr. 55 57.
(Gde. Friedrich-Wilhelmstr.)

Viel Geld
zu verdienen mit dem besten und billigsten Mittel.
Anzugfabrik, Wallstr. 17a II.
Abd. Sonntag, von 11 bis 2 Uhr.

A. Paetzel, Glasermstr.
BRESLAU
Paulstrasse 3 u. Taschenstrasse 7.
Moderne Einrahmungen. Neuvergoldungen. Bilder zu Hochzeiten und Gelegenheits-Geschänken in grosser Auswahl. Solide Preise.
Gerzath. 2007. Telefon 1636.

Vor Erkältung

schützt man sich am besten durch regelmäßige Beobachtung eines geprüften Fenster-Thermometers. Beste Thermometer liefert

Adolf Heidrich
Optiker und Mechaniker.
Schweidnitzerstr. 27,
Stadttheater gegenüber.

!! Wichtig !!
für Möbelkäufer!

Gute reelle in eigener Werkstatt angef. Möbel, Nubb.-Schränke 60, dte. Vertikow 55, gef. Linn. 45, Vaneelfofo 80, Vertikale mit Matrassen 25, Linnen 28, Tisch 10, Stuhl 3,50 Mk., Küchen-Einrichtung billig.
1659

J. Zwolanowski,
Tischlermeister,
Matthiasstraße 110.

Traugott Friedrich
55 Friedrich-Wilhelmstr. 85
empfiehlt allen Bekannten und Bekannten keine Papier- und Schreibwaren-Handlung sowie Zigarren und Zigaretten in reicher Auswahl.
1981
Reines Fabrikat.
Papier-Wäsche von May & Co.

Wichtig für Hausfrauen!

Röst-Kaffee
à Pfd. 80, 90, 100, 110, 120, 130, 140, 150 u. i. r.
ächt. Frank-Kaffee, 2 Pack 11 Pfg.
bestor Malz-Kaffee à Pfd. 25 "
best. weisser Farin " " 21 "
Weizen-Mehl 03 " " 13 "
besta Tafel-Margarin " 58 "
sowie
Erbsen, Bohnen, Linsen, Hirse,
Rais u. Graupen
zu anfallend billigen Preisen
empfiehlt 1725

Kaffee-Rösterei

Benno Neumann,
Centrale: Fr.-Wilhelmstr. 32.
Zentrale I: Fr.-Wilhelmstr. 84.
II: Gold. Radegasse 1.
III: Gräbchenstr. 32.
IV: Popelwiberstr. 35.

Proletarier
bestimmt sich zum Einkauf beim
Schwarzen Dreier,
Zigarren und Zigaretten
nur Wallstraße 21.
Geöffnet von früh 5 Uhr an.

Sozialdemokratischer Verein

Montag, den 7. November 1904,
abends 8 Uhr
im „Gewerkschaftshaus“ (großer Saal):

Mitglieder-Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Quartalsrechnung.
2. Der schlechte Parteitag.
3. Wahl von Delegierten.
4. Vereinsangelegenheiten.
Um recht pünktliches Erscheinen erlucht
2087 **Der Vorstand.**

Neisse, Sonntag, 6. November 1904: Neisse.

Einweihung des Arbeiter-Kasinos.
Vormittags: Frischoppen — Wellwurf,
Nachmittags: Familien-Unterhaltung,
wozu die Mitglieder mit Familie freundlichst einladet
2056 **Der Verwaltungs-Ausschuss.**

Zu dem am
Sonntag, den 5. November 1904
im Crabl. „Ballhof“, Schieferwerderplatz 12, stattfindenden

Familien-Kränzchen
des Vereins Breslauer Fassadenputzer
Der Vorstand.
Eintritt: Herr und Dame 50 Pf., einzelne Dame 25 Pf.
Anfang 8 Uhr.

Zu staunend billigen Preisen

kauft man das eleganteste und haltbarste
Schuhwerk,
sowie die denkbar größte Auswahl in Kinder-
Schuhen, Filz-, Gummi- und Holzschuhen
zu streng realen Preisen nur bei
Robert Kretschmer, Schuhmachermeister,
Friedrich-Wilhelmstraße 52, gegenüber der Friedrich-Karlstr.

Aufforderung!

zum Kauf.
Ein Pofter Herren-Joppen aus prima Loden, Double,
warm gefüttert, 5,50, 6.—, 7.—, 8.— bis 12,50 Mk.
Herren-Paletots aus Double, prima Stoffe, Moccasin, modern
u. elegant, Schnitt, 10,50, 12.—, 15.—, 18.— bis 30.— Mk.
Gefütterte Joppensäume für 3-10jährige Kinder u. 3,50 Mk. an.
Stoff-Hosen aus nur halbbaren Qualitäten.
2,50, 3.—, 3,50, 4.—, 5.—, 6.— bis 11 Mk.
Große Auswahl in Jung- und Paletotstoffen, daher
Anfertigung nach Maß unter Garantie guten Sines.
Kenne empfehle ich meine bekannt blauen Walkjaken,
Strickjaken, Körperjaken, warm gefüttert, engl. Federhosen,
Häuserhosen, sowie für jeden Beruf Arbeitersachen.
Geschäftshaus für Gelegenheitskäufe
in Leinen, Robesarten, Herren- u. Kinder-Konfektion
Rehauerstrasse 25, Gde. Radegasse. 2026

Empfehle ich jeder weissen Handarbeit für Mädchen u. Knaben
nopf-, Schnür- u. Zugstiefeln
schöne, haltbare Ware, zu ganz soliden Preisen,
billiger wie jede Konkurrenz, sowie
Herren- u. Damen-Gamaschen
in jeder Größe vorräthig.
1511
H. Christmann,
Nr. 37, Scheitniger-Strasse Nr. 37.
Bitte genau auf die Firma zu achten.

J. Puffke,

vormalig Schönfeld
Breslau.
Friedrich-Wilhelmstraße 11,
empfiehlt sein seit
beinahe 40 Jahren
bestehendes Geschäft
einer geneigten Be-
achtung. Großes
Lager in nur guten
**Herren-, Damen-
und
Kinderschuh**
Bestellungen nach Maß,
sowie Reparaturen prompt
und gut. 1662
Anzüge, Paletots 10 1/2 Mk.
Joppen, spottbillig. 1800
L. Guttman
35 Gräbchenstraße 35.



Grosses Lager
fertig
Herren-Anzüge,
Paletots,
Joppen, Bekleidungs-
Knaben-Anzüge,
Paletots,
Joppen, Bekleidungs-
Arbeits-hosen
aus Hamburger u.
Bocholter-Leder,
Blot, Zeug,
Manchester.

Blaue Maschinisten-Anzüge.
Beste Arbeit. Billigste Preise.
Gustav Knauerhase
Inh.: Oskar Dehmel
Neumarkt 45, part. u. I. Etg.

PALMIN
feinste Pflanzenbutter
unübertroffen zum
kochen, braten u. backen
50% Ersparnis
gegen Butter!



Achtung! Genossen, Gewerkschafter! Achtung!

Die
Bresl. Schuhmacher-Genossenschaft
C. G. m. b. H.
1. Geschäft: Büttnerstr. 7, 2. Laden v. d. Ecke Nikolaistraße,
3. Geschäft: Friedrich-Wilhelmstraße 93,
empfiehlt ihr großes Lager in
Herren-, Damen- u. Kinderschuhwaren.
Gleichzeitig machen wir auf unsere Reparatur-Werkstatt aufmerksam.
Reparaturen werden auf Wunsch abgeholt und wieder zugestellt.
Der Vorstand,
Paul Thater, Paul Lange.

Zigarren, Zigaretten
und Tabakhandlung
Alfred Beier, Breslau X
Telephon 9833. Matthiasstraße 105. Telephon 9833.
Spezialität: Zigarren.
Maiglöckchen 100 Stück 3.00 Mk. 1626
Die Besten 100 Stück 4.50 Mk.
Zigaretten 100 Stück von 80 Pfg. an.
Billigste Bezugsquelle für Wiederverkäufer.

BRUNO ROSENTHAL
BRESLAU, Schmiedebrücke 57
empfiehlt sein altrenommiertes
**Handarbeit-
Schuhwerk.**



Damenstiefeln in fein, samt-
weich Chromled. 7,50 Mk.
Schürstief. eleg. färb. 5,25 Mk.
Herrenstiefeln, Spiegelroos,
echt Rand 8,50 Mk.
Schürstief. eleg. färb. 7,50 Mk.
Beliebte Neuheit, äusserst bequem:
Schallentiefeln für Kinder 1,50 bis 2.— Mk.
für Damen 2,25 Mk.
für Herren 2,75 Mk.

Achtung!
Uhren und Goldwaren
in bekannter Güte zu außergewöhnlich billigen
Preisen unter mehrjähriger Garantie
Albert Möwius, Uhrmacher
Uhren- und Goldwaren-Kaufhaus
Kupferstrasse 56, Gde. Schmiedebrücke 56
zu den 2 elektrischen Zählmaschinen.
Zum Klinge aus Silber 1897
Nach Ansichts Preisliste mit Abbildungen gratis u. franko.



„Frauengunst“
Extra feiner Ersatz für
Butter
Bitte ausdrücklich
diese Marke zu beachten



Verantwortl. Redakteur für die Inhalt: „Kololet und Brodinghoffs“ und die Inzerate: Franz Kluge; — für den gesamten Inhalt der Zeitung mit Ausnahme der „Blauer Welt“ Paul Böbe, Redaktion u. Expedition: Neue Graupenstr. 26. — Verlag von Oskar Schöns, — Druck von Oskar Schöns, — sämtlich in Breslau. — Anzeigensatz: 2000. — (Eternit u. Seilage.

Aus dem Abgeordnetenhaus.

„Kleine“ Vorlagen nennt man die Punkte der heutigen Tagesordnung des preussischen Abgeordnetenhauses. Im Reichstag, in jeder Volksvertretung, hätten eine ganze Anzahl der heute verhandelten Gegenstände zu weitläufigen Debatten grössten Stills Anlaß gegeben, zu einer eindringenden Kritik in schwere vorhandene Mißstände, die im Abgeordnetenhaus entweder gar nicht erwähnt oder nur oberflächlich berührt wurden.

Die Fürsorge für geisteskranke Verbrecher, ihre Unterbringung in besonderen Anstalten, ist eine der wichtigsten Aufgaben des modernen Strafvollzuges. Daß die gemeingefährlichen Irren weder in die Zuchthäuser und Gefängnisse noch in die allgemeinen prinzipiellen und städtischen Irrenanstalten gehören, ist eine Binsenwahrheit. Nach ihr zu handeln, fällt aber in Preußen niemandem ein. Obwohl bekanntlich die Kulturaufgaben nicht leiden, bleibt die ganze Frage wegen der drohenden Kosten ungelöst. Sie zu tragen, möchte das Oberverwaltungsgericht die Gemeinden, der Minister des Innern die Provinzen zwingen. Beide weigern sich, gestützt auf das Bundesamt für Heimatswesen, mit Hilfe der folgenden Blüte juristischer Auslegungskunst: Nicht der unterstützungsberechtigten Irren Verbrecher sei unterstützungsbedürftig, sondern die Allgemeinheit bedürfe des Schutzes vor seinen Ausschreitungen! Für die Allgemeinheit habe der Staat zu sorgen. In diesem Sinne forderte heute in seinem Antrage der jetztrumsabgeordnete Schmidt, Münster ein Staatsgesetz. In der Begründung teilte er mit, daß der Minister, um die Provinzen zur Uebernahme der Fürsorge für geisteskranke Verbrecher zu zwingen, einstweilen kein neues Irrenanstandsreglement bestellte! Herr Schmedding ist Landesrat, Beamter der Provinz; deren Interessen vertrat er. Die kurze Debatte zeigte nichts weiter als Vertretung der kleinen Interessen der Städte und Provinzen. Die Regierung schwieg. Dann ging der Initiativantrag an die Gemeindef Kommission.

Nicht minder tief stand die Debatte über den Antrag Fritsch (natl.), der Abschaffung der Arreststrafen für die preussischen Unterbeamten forderte. Viele mögen wohl zuerst aus dieser Verhandlung erfahren haben, daß die Beamten in Preußen ohne Rückspruch auf dem Disziplinarwege ihrer Freiheit beraubt werden können. Aber die Regierung will auf dieses Recht, das im Reich nie bestanden, keineswegs verzichten. Sie hält ihre moralische Autorität für so schwach, daß sie glaubt, die Ordnung nur aufrecht erhalten zu können, wenn sie alte Familienväter wie Schulungen in den Karzer stecken kann. Der in Breslau gewählte konservative Abgeordnete Stroffer machte den untauglichen Versuch, für diese traurige Auffassung Argumente zu suchen. Die anderen Parteien standen einmütig zu dem Antrage und schienen doppelt stolz darauf, weil sie noch vor zwei Jahren wiederholt über ihn zur Tagesordnung übergegangen waren. Aber nur der Abgeordnete Deseer (fr. Vpt.) deutete mit einer schüchternen Bemerkung an, daß hier der Ort gewesen wäre, die Rechtsstellung der preussischen Beamten, insbesondere ihr Koalitionsrecht, zu erörtern.

Dann suchte der Landtag kleine Fortschritte im Unterrichtswesen zu machen. Ein von allen Parteien unterstützter Antrag Ernst (Fr. Vg.) trat für Förderung des — konfessionellen? — hauswirtschaftlichen Unterrichts in den Mädchen-Volksschulen ein, ein eben solcher Antrag Jbertzoff (freikonf.) für die Verpflichtung zum Besuche der Volksschule in der Provinz Hannover, bis das Halbjahr nach Vollendung des 14. Lebensjahres beendet ist. Später wird das Schulgesetz kommen. Zwei Schritte vorwärts — dreißig zurück!

Zum Schluß erlebte das Haus im Eiltempo eine große Anzahl von Petitionen. Als der Präsident auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung den Antrag Fischbeck über das Scherl'sche Sparsystem setzte, schlug ihm der konservative Abg. Dr. von Heydebrand vor, das Haus möchte vom nächsten Montag bis mindestens zum Bußtag die Plenarsitzungen zu Gunsten der Kanal-Kommission ausfallen lassen. Der Vorschlag fand allgemeine Zustimmung, nachdem der Kanalrebellenfürher v. Limburg-Stirum feierlich versprochen hatte, die Kommission werde jetzt fleißig arbeiten, um die ganze Vorlage womöglich bis Weihnachten fertig zu stellen. Also wird er doch gebaut!

Partei-Angelegenheiten.

Bei der Gemeinderatswahl in Apolda wurde der Genosse Reichstagabgeordnete Baudert, der dem Gemeinderat nun 13 Jahre angehört, mit 1559 Stimmen wieder gewählt. Er erhielt damit, wie vor drei Jahren, von allen Gewählten die höchste Stimmzahl. Um die 8 Mandate bewarben sich nicht weniger wie 88 Kandidaten.

Politikern verboten. Der Redakteur des Landesboten „Volkswille“, Genosse Horagel, hatte sich dieser Tage wegen „unbefugten Politikern“ in 29 Fällen zu verantworten. Als 40. Auflage kam noch die Beschuldigung hinzu, er habe die Zeitung früher mit der Post besördert, als man das Pflichterempler dem Staatsanwalt einhändigte. Der Gerichtshof ließ schließlich 30 Interimskontrollen fallen und verurteilte den Angeklagten in 10 Fällen zu insgesamt 10 Tagen Arrest und 100 Kronen Geldstrafe. — Hoffentlich gelangt man auch in Deutschland noch dahin, dem gewöhnlichen Volk das überflüssige und aufregende „Politikern“ ganz zu verbieten.

Stehenden Fußes muß der Berichterstatter der „Schleswig-Holsteinischen Volkszeitung“ im Stadtverordneten-Kollegium in Neustadt (Reg.-B. Schleswig) seine Tätigkeit ausüben. Gesuche bei dem Kollegium wie beim Magistrat, ihm einen Stuhl zur Verfügung zu stellen, blieben unbeantwortet; es wird sogar geflüstert dafür gesorgt, daß nicht etwa mal ein überflüssiger Stuhl frei ist. Wir raten dem Genossen, sich für einige Groschen einen Feldstuhl zu kaufen und jedesmal zur Sitzung mitzubringen.

Partei-Presse. Sein gehnjähriges Jubiläum feierte am 1. November das „Volkswort“ für Harburg. Genosse Dr. A. Winter soll, wie hiesige Blätter melden, auf Veranlassung der Stadt Bentzen D.S. in der Provinzial-Irrenanstalt zu Rybnitz untergebracht worden sein. Die gegen ihn noch schwebenden Strafverfahren sollen aus diesem Grunde bereits eingestellt worden sein.

Arbeiterbewegung.

Die Lokalfrage in Sachsen. Die durch den ähnen Bohlott der Parteigenossen erzielte Aenderung in der Auffassung der Militärbehörde in Sachsen über den Nutzen des Militärbohlotts hatte zunächst im Dresdener Bezirk die Folge, daß sich die Saalbesitzer bereit erklärten, ihre Lokale allen politischen Parteien zu Versammlungen zur Verfügung zu stellen. Die Parteigenossen Dresdens haben denn auch bereits Versammlungen in Lokalen abgehalten, um die zum Teil länger als ein Jahrzehnt hartnäckig gekämpft worden ist.

Jetzt haben auch die Saalbesitzer im Bezirke der Antshauptmannschaft Zwickau zu der Frage Stellung genommen und haben sich in einer Versammlung entschlossen, ihre Lokale allen politischen Parteien unter denselben Bedingungen zur Verfügung zu stellen, wie ihre Dresdener Kollegen.

Dieser äußerlich zwar nicht erhebliche Erfolg unserer sächsischen Genossen darf immerhin als symptomatisch dafür gelten, daß zähe Ausdauer und geschickte Anwendung der aus dem Umständen gegebenen Kampfmittel, verbunden mit solidarischen Zusammenstehen der Arbeiter am Ende doch zum Siege führt.

Eine Bewegung zur Bekämpfung der Heimarbeit und zur Einführung von Betriebsräten haben die Schneidergehilfen in Hamburg begonnen. Außerdem soll eine durchgreifende Regelung der Arbeitsverhältnisse angestrebt werden. Abgesehen von der sogenannten Maklonktion, in der schon jetzt bessere Verhältnisse herrschen, sollen die genaueren Forderungen noch aufgestellt und den Arbeitgeber überreicht werden. Ihre Durchführung wird zum 1. März nächsten Jahres angestrebt.

Eine einbringliche Lehre ist den Aktionären der Hamburger Babaria-Brauerei zu teil geworden. In den vier Monaten, die der Bohlott über die Brauerei verhängt war, ist der Gesamtumsatz um 12 Prozent zurückgegangen und statt der erhofften Dividende ist noch eine Unterbilanz von 8000 Mark entstanden. Die Unternehmer und Aktionäre sind also an ihrer empfindlichsten Stelle, am Geldbeutel, getroffen worden. — Zur Warnung für andere Unternehmer.

Lokales und Provinziales.

Breslau, 4. November 1904.

* Luft, Licht und Bewegung für die Jugend

— das ist eine der hauptsächlichsten Forderungen der Sozialdemokratie an die Gemeinde. Jetzt, wo der Winter vor der Tür steht, gewinnt die Forderung wieder erhöhtes Interesse. Da ist das Proletariat meistens an die enge Stube geknallt. Auf die Eisbahn, dem Tummelplatz hoffender Jugend, können die Proletarierkinder selten gehen, weil die Entwicklung der Großstädte auch die Eisbahn zu einer gewinn-schaffenden Einrichtung hat werden lassen, die nur gegen Entgelt benutzt werden darf. Und doch wäre es gerade für die Kranken und kranken Kinder der Armen von unermessbarem Werte, daß sie sich in frischer Luft tummeln und sich körperliche und geistige Bewegung machen könnten. Von diesem Gedanken geleitet, schreibt ein hiesiger Turnlehrer der „Presl. Ztg.“: Wenn wir die Zahl der Eisbahnbesucher in Parallele stellen mit den mehr als 50,000 Schülern in Breslau, so ergibt sich ein sehr geringer Prozentsatz von Schlittschuhläufern. Der Grund ist ausschließlich der Kostenpunkt. 10 Pfennige für das Kind als Eintrittsgeld ist eben zu viel, und ein Arbeiter oder auch ein Mann des Mittelstandes mit 4 oder 5 die Eisbahn besuchenden Kindern wird gar oft die Kinder der Ausgabe wegen von der Eisbahn fernhalten. Die gesundheitlichen Segnungen des Schlittschuhlaufens bleiben so für recht viele ein ungehobener Schatz. Anders kann und wird es nur werden, wenn der Jugend die Eisbahn unentgeltlich zur Verfügung gestellt wird. Zur Förderung des Spielens werden gegenwärtig allerorts ganz bedeutende Summen ausgegeben. Der Eislauf steht aber dem Spiele durchaus nicht nach an gesundheitlichem Werte. Er verdient vielmehr um deswillen noch eifriger Pflege als das Spiel, weil der Winter die Bewegungsgelegenheiten im Vergleich zu anderen Jahreszeiten ganz bedeutend beschränkt.

Diese Anschauung bricht sich jetzt immer mehr Bahn. Freilich legte, von einem einzelnen Falle in Kronstadt (im Jahre 1850) abgesehen, erst dieses Jahrhundert in die veraltete Auffassung des Eislaufs lebendig von der Seite des Vergnügens Dresche, und in rascher Folge besetzten sich jetzt Städte und Vereine, der Jugend unentgeltlich Eislaufplätze zu bieten. So heißt es z. B. in dem amtlichen Berichte über das Berliner Spielwesen:

„Im Winter fallen die Spiele naturgemäß weg; wir haben versucht, einen Ersatz zu schaffen, indem wir auf einigen Spielplätzen Eislaufplätze anlegten, zu denen Gemeindefunkhinder an den Wochentagen von 12 bis zur Dunkelheit, und zwar Mädchen Montags und Donnerstags, die Knaben an den übrigen Tagen, unentgeltlich Zutritt haben. Leider ist es uns noch nicht möglich, alle Gemeindefunkhinder — jetzt 225,000 — dort aufzunehmen. Bedürftigen Kindern werden Schlittschuhe von einem Verein geliefert, der sich zu diesem Zwecke gebildet hat.“

Ähnlich wie in Berlin liegen die Verhältnisse in Charlottenburg. Dort hat der Magistrat auf dem Grundstück Goethestraße 10 eine Eisbahn angelegt (1901), um den Kindern unentgeltlichen Besuch der Eisbahn zu ermöglichen. Dienstag und Freitag steht sie den Mädchen, an den übrigen Tagen der Woche den Knaben zur Verfügung. — In Leipzig hat der Magistrat eine große Wiese am

Aus aller Welt.

Eine sensationelle Verhaftung. Großes Aufsehen erregt in Dresden die Verhaftung des ehemaligen Rechtsanwalts und jetzigen Standesbeamten Dr. jur. Paul Adernann wegen Sittlichkeitsverbrechen. Adernann ist der Sohn des verstorbenen Kammerpräsidenten Geheimen Rats Adernann und der Schwager des jetzigen Kammerpräsidenten Dr. Mehnert. Der Verhaftete spielte in konservativen Kreisen eine hervorragende Rolle.

Einsturz eines Wasserreservoirs. Die „Frankfurter Ztg.“ meldet aus New-York: Das große Wasserreservoir bei Winston, Nord-Karolina, ist eingestürzt. Mehrere Meilen Landes wurden überflutet. 23 Personen sind umgekommen.

Eine verhängnisvolle Dynamitexplosion. In Mount Vernon, unweit New-York, explodierte Dynamit, das auf ein Bahngelände gelegt war. Im benachbarten Stadtteil wurden die Fenster zertrümmert; mehrere Personen wurden getötet, 50 wurden verletzt.

Durch eine noch nicht freigelegte Granate wurde am Sonntag in dem Fütterboger Vorort Damm der Arbeiter Neumann getötet. Er hatte auf einem Spaziergang eine Granate gefunden und nahm sie mit. In der Küche hantierte er Abends mit dem Geschloß herum, es platzte, ein Granatsplitter hatte ihm einen Arm abgerissen, ein anderer ein Bein schwer verletzt, ein dritter aber war in den Unterleib gedrungen, sodass die Einpewide hervortrat. Er starb in den Armen seiner Frau, als ein Opfer seiner eigenen Unvorsichtigkeit.

Ueber die Ursache der Typhusepidemie in Detmold hat eine Kommission des Kaiserlichen Gesundheitsamts durch einmündige Verträge ermittelt, daß eine die Wasserleitung speisende Quelle verunreinigt ist, welche Verunreinigungen durch die Abgänge von einem an der Straße nach Schlangen liegenden beliebigen Ausgussort ausgeht. Von hier aus ist aller Wahrscheinlichkeit nach die Typhusinfektion erfolgt. Auf Grund dieser Ermittlung konnten umfassende Maßnahmen getroffen werden, um einer weiteren Ausbreitung der Seuche erfolgreich entgegenzutreten und einer Wiederholung der Infektion des Wassers vorzubeugen. Die Epidemie nähert sich ihrem Ende.

Ueber eine schreckliche Unfat wird der Wiener „Zeit“ aus Madrid unter dem 29. Oktober berichtet: In Antroza, einem Dorfe bei Lago (Spanisch-Galicien), brachen vor einigen Tagen vier verurteilte Banditen Nachts in die Wohnung des Wirtschmeißs Vicente Lopez ein und übernahmen die schlafenden Insassen, den genannten Schmied, seinen Weib und zwei Knechte. Nach kurzem Ringen wurden diese gefesselt und gefesselt. Lopez wurde mit furchtbaren Drohungen aufgefordert, zu sagen, wo er sein Geld aufbewahrt. Er gab den Verbrechern einen Schrank an, in dem 1000 Reales lagen. Das schloß aber den Banditen nicht, und sie folgerten den Mann auf alle mögliche Weise, um ihm weitere Angaben zu entlocken. Der Schmied aber schwieg nicht mehr und konnte also nicht mehr sagen.

Da heizten die Banditen die Esse an, zogen den Maselbald und legten den Unglücklichen auf die brennenden Kohlen. Während er sich in den furchtbaren Qualen wand, plünderten die Räuber Küche und Keller und taten sich gütlich bei Speise und Trank, bis Lopez den Geist aufgab, worauf die Unmenschen spurlos verschwanden. Wertwürdigerweise ist vor einigen Jahren der Oberrhein des Aufschmeißs von Räubern ebenfalls lebendig verbrannt worden. Die Genarmarie scheidet eifrig nach den Verbrechern, wobei ihr die ent-rüstete Bevölkerung behilflich ist.

Ein Luftschiff liegt am Dienstag Nachmittag in Stegen bei Dornach mit seinem Ballon, an einem Trapes frei hängend, auf Taufende von Menschen folgten diesem Schauspiel. Pöblich entleerte sich in einer Höhe von 200 Metern der Ballon, der mit warmer Luft gefüllt war, und stürzte mit dem Luftschiff mit rasender Geschwindigkeit nieder. Zufällig fiel der Luftschiff nicht auf die Erde, sondern in die Rieng, und zog sich so nur unbedeutende Verletzungen zu.

Verurteilter Doppelmörder. Vor dem Schwurgericht in Bonn hatte sich der 20jährige Viehwärter Scholz zu verantworten, der ein fünfjähriges Mädchen und einen vierjährigen Knaben am 15. August d. J. in Wevel an sich lodte und nach Verübung eines Sittlichkeitsverbrechens beide Kinder mit einer Füllterke erschlug. Das Gericht verurteilte den Doppelmörder wegen Totschlags für jeden einzelnen Fall zu lebenslänglicher Zuchthausstrafe, Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte auf Lebenszeit. Wegen Vergehens gegen § 176, 3, wurde auf eine einjährige Zuchthausstrafe erkannt.

Einsturz einer Kirche. Aus Nidelingen bei Diederhofen wird gemeldet, daß die im Neubau begriffene katholische Kirche am Dienstag früh eingestürzt ist. Blättermeldungen, daß ein Dynamitanschlag auf die Kirche vorliege, haben veranlaßt, daß die Behörden die Ausräumungsarbeiten mit größtmöglicher Vorsicht ausführen lassen; jedoch nimmt man an, daß ein Konstruktionsfehler vorliegt, da für einen Dynamitanschlag keine triftigen Anhaltspunkte vorhanden sind.

Aus dem Gefängnis entkommene. In der geistigen Nacht gelang es zwei Sträflingen, aus dem Erfurter Landgerichtsgefängnis zu entfliehen. Zwei andere, die mit ihnen von der fünf Meter hohen Umfassungsmauer sprangen, blieben schwerverletzt liegen.

Der Polizeikommissar a. D. auf der Nacht. Stadtrichter verfolgt wird jetzt der frühere Polizeikommissar Dräger, der in der Kommandantenstr. in Berlin ein Privatdetektivbüro betrieb, seine Familie und sein Geschäft im Stich ließ und mit seiner Maschinen-schreiberin und Kassiererin Fräulein V., der Tochter eines Hans-besitzers in Friedrichsberg durchbrannte. Dräger schied von seiner Frau einmal eine Antichipolizisten an seine Frau. Evident hat man von ihm nichts mehr gehört und seine Spur nicht wieder-gefunden. Er wird jetzt nicht nur wegen Entführung einer Minder-jährigen verfolgt, sondern auch wegen Betruges, weil er sich unter der Vorpiegelung geleisteter Arbeit Honorar bezahlen ließ, obwohl er sich um die Aufträge gar nicht kümmerte hatte.

Den eigenen Gatten auf der Jagd angeschossen. Graf Preyling hatte dieser Tage in der Volkmanndorfer bei Moosburg eine Jagd veranstaltet, zu der u. a. auch der Graf und die Gräfin v. Polstein als Gäste geladen waren. Während des Treibens glitt nun die Gräfin an einem Abhänge aus, wobei ihr Gewehr zur Entladung kam. Die Schrotladung traf ihren in der Nähe weidenden Gemahl, welcher nicht unerhebliche Verletzungen erlitt und sich sofort in ärztliche Behandlung begeben mußte. Glücklicherweise ist eine Lebensgefahr nicht vorhanden.

Selbstmord aus Nahrungsorgen. Der 32 Jahre alte Arbeiter Albert Burkhart, der aus Seelbach in Baden stammt und in der Alten Jakobstraße 47 in Schafstraße wohnt, hat gestern Vormittag in seiner Wohnung Selbstmord begangen. Seit längerer Zeit arbeitlos, griff er zum Revolver und tötete sich durch einen Schuß in die rechte Schläfe. Die Leiche wurde nach dem Schan-haus gebracht.

Ein schönes Beispiel für die oft behauptete lebenslängliche Fürsorge der Arbeiter durch die moderne Arbeiterversicherungs-gesetzgebung.

Von einem Walfisch gerammt und zum Sinken gebracht wurde im Nordatlantischen Ozean der dänische Schoner „Anna“, dessen Besatzung von dem englischen Dampfer „Dacemore“ in Liverpool gelandet wurde. Die „Anna“ fuhr von Island nach New-Frankfurt und war etwa 20 Tage unterwegs, als man am Nach-mittag des 28. September auf hoher See ein Walfisch Wasserhauf in die Höhe spritzte sah. Bald darauf wurden einige hundert Meter vom Schiff entfernt, wieder Dampfstrahlen gesehen; der Walfisch schien sich ärgerlich im Kreise zu drehen. Als die „Anna“ langsam, nur mit einer Schnelligkeit von etwa 4 1/2 Knoten vorüberfuhr, erkannte die Mannschaft deutlich die Bewegungen des Ungetüms, das mit seinem Schwanz während das Wasser peitschte. Pöblich stürzte es sich mit voller Wucht und ungeheurer Schnelligkeit auf das Schiff und traf es mit seinem Kopf in der Mitte. Es gab einen furchtbaren Krach, einige See-leute wurden ungeworfen. Das Schiff hatte unter der Wasserlinie eine Deffnung erhalten, und sein Vordersteuern war zerbrochen. Aber auch der Walfisch war tödlich getroffen. Der nackte Körper lag langsam an die Oberfläche, am Kopf und an der Seite sah man zwei klaffende Wunden, aus denen sich das Blut in Strömen ergoß und das Wasser in weitem Umkreis rötlich färbte. Das Schiff war led geworden und die ganze Mannschaft arbeitete fieberhaft an den Pumpen; aber als das Wetter sich wendete, begann das Schiff zu sinken. Nach 39 Stunden unermüdetster Arbeit mußte man die „Anna“ aufgeben. Ein Rettungsboot wurde mit Mannschaft ver-sehrt und bemannt. Gerade als es im Wasser gelassen werden sollte, bemerkte man den Dampfer „Dacemore“, dem es nach mehreren angestrengten Versuchen gelang, die Besatzung der „Anna“ aufzunehmen.

